

**Lokaler Aktionsplan
für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz
(LAP)**

Fortschreibung 2012

Stand: November 2011

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung.....	2
2. Grundlagen.....	3
3. Umsetzung des Lokalen Aktionsplans.....	7
3.1. Sachstand der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans	7
3.2. Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen.....	8
3.3. Ressourcenanalyse und Projektarbeit im Rahmen des LAP.....	9
3.4. Auswertung der Projektarbeit und Ergebnisse der Evaluierung.....	16
3.5. Netzwerkanalyse	17
3.6. Zielgruppen und Gender Mainstreaming.....	18
4. Situationsanalyse.....	19
4.1 Überblick über die Situation im Freistaat Sachsen.....	19
4.2 Überblick über die Situation in der Stadt Chemnitz.....	20
4.3 Ausgangssituation.....	20
4.4 Problemanalyse in Auswertung der Lageberichte des Verfassungsschutzes und der Informationen der Polizei.....	21
4.5 Problemanalyse aus der Sicht der an der Fortschreibung beteiligten Akteurinnen und Akteure.....	25
5. Ergebnisse der Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans für Toleranz, Demokratie und für ein weltoffenes Chemnitz.....	32
5.1. Auswertung des Beteiligungsprozesses.....	32
5.2. Handlungsschritte zur weiteren Umsetzung des Lokalen Aktionsplans..	33
5.3. Leitziele, Mittlerziele, Handlungsziele.....	35
6. Literaturverzeichnis.....	46

1. Einleitung

2008 stellte der Chemnitzer Stadtrat die Weichen für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz (LAP). Mit dem LAP wurde in Chemnitz Neuland betreten. Zeitgleich begannen im Rahmen einer Bundesförderung zahlreiche Kommunen und Landkreise mit der Entwicklung und Umsetzung lokaler Strategien zur Demokratieförderung erste Erfahrungen zu sammeln. Das Bekenntnis der Stadt zur Förderung von Initiativen, die sich für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit einsetzen, wurde mit einem Förderbudget von jährlich zwischen 72.000,00 und 80.000,00 € aus Haushaltsmitteln der Stadt untersetzt. Seit 2009 wurden 181 Anträge auf Förderung gestellt und für 122 Projekte Zuschüsse bewilligt. Der Lokale Aktionsplan hat sich als erfolgreiches Instrument für die Umsetzung kommunaler Strategien zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen erwiesen und soll deshalb weiterentwickelt werden. Die Vielfalt der geförderten Projekte und Akteurinnen und Akteure zeugt davon, dass der LAP eine Vielzahl von Chemnitzerinnen und Chemnitzer erreicht und diese engagiert an der Umsetzung teilhaben.

Beteiligt sind z.B. Schulen, Kindertageseinrichtungen, Bildungsträger, Vereine, Religionsgemeinschaften, Chemnitzer Einrichtungen und Institutionen, Bürgerinnen und Bürger und Initiativen. An der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans beteiligen sich Chemnitzerinnen und Chemnitzer mit und ohne Migrationshintergrund zeigen in verschiedenen Projekten ihren Wunsch, gemeinsam eine weltoffene und lebenswerte Stadt zu gestalten.

Auf gute Resonanz stößt auch, dass die Förderung von Jugendinitiativen möglich ist. Jugendliche haben in mehreren Projekten gezeigt, dass sie fähig sind, Konzerte, Diskussionsveranstaltungen, Workshops und Beratungsangebote selbst zu organisieren. Schwerpunkte der Förderung waren aber auch zahlreiche Veranstaltungen zum Gedenken an die Reichspogromnacht am 09. November 1938, Zeitzeugengespräche und Gedenkstättenfahrten.

Im Bereich Gewaltprävention hat sich der Lokale Aktionsplan ebenfalls als geeignetes Förderinstrument bewährt, um z. B. an Schulen und Kindergärten präventive Arbeit zu ermöglichen. Die Förderung von Projekttagen und Workshops an Bildungseinrichtungen sowie von Fortbildungsangeboten für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sind erfolgreich angelaufen.

Die Stadt Chemnitz wurde für ihr Engagement 2009 durch die Bundesregierung als Ort der Vielfalt ausgezeichnet. Es ist erklärtes Ziel, weiterhin Initiativen zu fördern, die sich für die Stärkung der demokratischen Kultur in unserer Stadt einsetzen.

Ein weiterer erfolgreicher Schritt in diese Richtung ist die Aufnahme der Stadt Chemnitz in die Förderung durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Die Stadt Chemnitz ist nunmehr in der Lage, den Lokalen Aktionsplan mit einer neuen und erweiterten Qualität umzusetzen.

2. Grundlagen

Die Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz (LAP) erfolgte auf der Grundlage verschiedener aktueller Studien, Untersuchungen und Begriffsdefinitionen, die im Folgenden erläutert werden sollen.

In zahlreichen Veranstaltungen und Projekten im Rahmen des LAP kamen Rückfragen, die sich auf die Zuordnung und die Definition politischer Strömungen und ihre inhaltliche Orientierung beziehen.

Die Einordnung politischer Strömungen in Kategorien wie „rechts“ oder „links“ oder „extremistisch“ erfolgte ursächlich durch Polizeibehörden und Strafverfolgungsorgane. Der Begriff „Rechtsextremismus“ kommt aus der verfassungsrechtlichen Praxis und gründet sich auf der Vorstellung, dass Extremismus als politisches Konzept eine Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Verfassungsfeindlichkeit) darstellt, gegen die sich Demokratie wehren muss (Begriff der „wehrhaften Demokratie“). In der Kriminalstatistik werden so zugeordnete Straftaten unter politisch motivierten Gewalt- oder Straftaten erfasst. Sie sagen jedoch nichts über Ursachen und Zusammenhänge aus und sind sozialwissenschaftlich unzureichend untersetzt. Die Statistiken spiegeln auch nicht wieder, welche Delikte rechtskräftig zur Verurteilung gelangt sind und in welchem gesellschaftlichen Kontext sie standen. Der „Extremismus“-Begriff ist kein amtlicher Begriff, da er nicht im Grundgesetz und auch keinem anderen Gesetz juristisch definiert ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz definiert, dass sich extremistische Bestrebungen [...] gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten und daher als verfassungsfeindlich gelten¹. Im sächsischen Handbuch zu Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen wird zwischen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus unterschieden.

Unter Rechtsextremismus werden Bestrebungen verstanden, die sich gegen den im Grundgesetz konkretisierten Gleichheitsgrundsatz der Menschen richten und die universelle Geltung der Menschenrechte ablehnen. Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten sind Gegner des demokratischen Verfassungsstaates; sie haben ein autoritäres Staatsverständnis. Rechtsextremistisches Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz.

Linksextremismus wird so definiert, dass sich politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Ideologien ausrichtet. Vorausgesetzt wird, dass sich Linksextremisten entweder zum Marxismus-Leninismus, zur sozialistischen oder kommunistischen Transformation der Gesellschaft, zur Diktatur des Proletariats oder zu einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft bekennen.

„Der Begriff Islamismus bezeichnet eine religiös motivierte Form des politisch motivierten Extremismus, die von einer Minderheit der Muslime getragen wird. Ihre Anhänger fordern unter Berufung auf einen von ihnen politisch idealisierten Islam die „Wiederherstellung“ einer „islamischen Ordnung“. Sie verstehen den Islam als politische Ideologie, die sie als Gegenmodell zu westlichen, demokratischen Staats- und Gesellschaftsformen ansehen“².

¹ Sächsisches Handbuch zu Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen 2009 S. 121

² Sächsisches Handbuch zu Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen 2009 S. 127

Im Rahmen der Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz wurde weitgehend auf die Verwendung des Extremismusbegriffs verzichtet. Die Arbeit mit dem Lokalen Aktionsplan und an der Fortschreibung ist an den Ursachen gewaltorientierter Formen der Auseinandersetzung mit politischen Themen, den Problemen in unserer Gesellschaft und konkret der Stadt Chemnitz orientiert. Nur so ist es möglich, den präventiven Ansatz dieses Förderinstruments erfolgreich zu verfolgen, Handlungsbedarfe zu erkennen und bedarfsgerechte Schwerpunkte in der Projektförderung zu setzen.

Zahlreiche Studien haben inzwischen zu der Erkenntnis geführt, dass es in allen gesellschaftlichen Schichten, wenn man von solchen sprechen möchte, Einstellungen gibt, die zu Gewaltbereitschaft führen können. Im Rahmen des Fortschreibungsprozesses wurde der Fokus deshalb auf die Benennung konkreter Sachverhalte und Problemfelder gerichtet. Dazu gehören u. a. Menschenverachtende Einstellungen, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Fremdenhass, Sexismus, Verachtung von „Anderssein“ (beispielsweise Homosexualität), Rassismus (insbesondere auch Alltagsrassismus), Gewalt, Vorurteile, Intoleranz, antidemokratische Einstellungen, Ungleichwertigkeitsideologie, Ausgrenzung und Antisemitismus. Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu autoritären Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen³.

Rechtsextremismus ist kein Randphänomen, wie die Ergebnisse der Untersuchungen von Wilhelm Heitmeyer u. a. zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zeigen. Werden Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig charakterisiert, spricht man von „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“⁴. Im Ergebnis verschiedener Untersuchungen ist belegt worden, dass sich Elemente gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in allen gesellschaftlichen Schichten nachweisen lassen. Das heißt, präventive Ansätze dürfen keinesfalls nur auf so genannte Randgruppen bezogen sein, sondern müssen auf alle gesellschaftlichen Schichten zugeschnitten werden. Hier bietet der Lokale Aktionsplan sehr gute Handlungsmöglichkeiten und kann wirksame Maßnahmen fördern.

Des Weiteren wird der Begriff des Neonazismus verwendet. Neben der „neonazistischen“ Szene wurde versucht, über die begriffliche Kennzeichnung „völkisch-nationalistisch“ die so genannte „neue Rechte“ bzw. „rechtspopulistische“ Gruppierungen mit einzubeziehen. Ein Handlungsfeld im LAP ist die Auseinandersetzung mit so genannten „Neuen Rechten“. In einer Studie von Heitmeyer⁵ wurde festgestellt, dass viele Menschen Ängste haben, dass ihre Sicherheiten abnehmen und damit die Unsicherheiten mit Blick auf die Zukunft steigen. Die Befragten wollen nicht in gesellschaftliche Gruppen absteigen, die diskriminiert werden. Deshalb flüchten sie sich in die Versprechungen der Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten, die ihnen versprechen, immer im Sinne des Volkes zu agieren.

³ Decker, Weißmann, Kiess, Brähler, Studie „Die Mitte in der Krise“, Friedrich-Ebert-Stiftung 2010, Seite 18

⁴ Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Berliner Forum Gewaltprävention Nr.20 2005, Seite 6

⁵ Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Berliner Forum Gewaltprävention Nr.20 2005, Seite 17

Am 8. März 2010 veröffentlichte Heitmeyer die Ergebnisse des Forschungsprojekts Deutsche Zustände, dass die Vorstellung von Gleichwertigkeit der Menschen in Deutschland offenbar keine Selbstverständlichkeit mehr ist und kommt zu dem Schluss, dass die Kernnormen Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness in der Mitte der Gesellschaft immer weniger Anklang finden. Es breitet sich eine „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ aus, die Nährboden für den Aufstieg der Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten bietet. Da die Menschen ein immer stärkeres Gefühl der politischen Machtlosigkeit verspüren, komme es zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft. Die Politikerinnen und Politiker hingegen stehen diesem Phänomen bislang noch zu wenig offensiv gegenüber und reagieren somit auch nicht auf die wachsenden Abstiegsängste in der Mitte der Gesellschaft.

Heitmeyer sieht u. a. einen Weg aus diesem Dilemma darin, den Kampf gegen die Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten nicht nur auf den Bereich der Jugendarbeit zu begrenzen, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzunehmen.

Im Bereich Rechtspopulismus und Neue Rechte besteht erheblicher Aufklärungsbedarf in der Bevölkerung und bei Akteurinnen und Akteuren. Ein wichtiges Merkmal dieser Strömung ist eine völkische Identitätspolitik, die fremdenfeindlich, antipluralistisch bzw. kulturrassistisch die Differenz zwischen einer „Wir“-Gruppe und einer „Außen“-Gruppe konstruiert. Rassismus wird dabei häufig als religiös verschleierter Kulturkampf, aktuell vor allem als antimuslimischer Kulturrassismus ausgedrückt. Zusammengefasst sind nach Häusler⁶ folgende Themen, mit denen kampagnenartig operiert wird, für diese Strömungen zentral: Zuwanderung / Islam / Nationale Identität; Korruption; Sicherheit / Kriminalität; Verfolgung / Meinungsfreiheit. Zentrale propagandistische Bausteine sind Nationalismus, Rassismus, Sozialneid und Autoritarismus, gepaart mit einer sich volkstümlich inszenierenden Protestbewegung gegen das „Establishment“⁷. Zur Bewegung der Neuen Rechten führt Professor Eckhard Jesse, Politologe an der Universität Chemnitz aus: Die Bewegung befindet sich in einer Grauzone zwischen Extremismus und Demokratie, zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus“ und "ihre Ideologie ist deutschnational, antiwestlich, antiamerikanisch. Mit der NPD haben sie nichts zu tun, aber das heißt nicht automatisch, dass sie demokratisch sind."

Ähnlich sieht es der Verfassungsschutz. Die Neue Rechte sei eine Strömung am Rande des intellektuellen Rechtsextremismus. Als charakteristisch für diesen "neuen" Typ des Rechtsextremismus gelten das populistische Auftreten, die systemimmanente Praxis sowie die Abgrenzung gegenüber dem historischen Faschismus und seinen orthodoxen Nachlassverwaltern. Bald bürgerte sich dafür auch der Terminus "Rechtspopulismus" ein⁸. Den neuen Rechten und Rechtspopulisten werden u. a. die Pro Bewegungen zugeordnet. Gemäß dem Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen ist die Strategie der Neuen Rechten darauf ausgerichtet, zuerst die Meinungsführerschaft zu erringen, um damit eine erfolgreiche Grundlage für rechtsextremistische Parteien zu schaffen und dann die rechte Stimmung in Wahlanteile, Parlamentssitze und Regierungsverantwortung umzusetzen.

⁶ Häusler, Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“ Wiesbaden 2008, Seite 42, dto Seite: 46

⁷ Backes, Jesse, Gefährdungen der Freiheit, Vandenhoeck&Ruprecht GmbH 2006 Seite 71

⁸ Stöss Die "neue Rechte" in der Bundesrepublik, Bundeszentrale für politische Bildung 2007, Decker, Der neue Rechtspopulismus, Verlag Opladen: Leske + Budrich 2004

Wesentliche ideologische Elemente der Neuen Rechten sind:

- Ablehnung des Individualismus, Universalismus, Liberalismus, Parlamentarismus, innergesellschaftlichen Pluralismus
- Nationale Identität und nationales Selbstwertgefühl
- Neubewertung der deutschen Geschichte, Frontstellung gegen das kritische Erinnern an den Nationalsozialismus
- Sozialdarwinismus, Biohumanismus
- Ethnopluralismus (Apartheid, Separatismus)
- anthropologische Ungleichheit ("Differenzierungslehre")
- Vorstellungen von einem ethnisch homogenen, hierarchischen und elitär geführten autoritären Staat.

Weitere Bedarfe für die präventive Arbeit im Rahmen des LAP ergeben sich daraus, dass in zahlreichen soziologischen und sozialwissenschaftlichen Studien deutlich wird, dass rechtsorientierte Jugendliche eine Affinität zu Gewalt haben.

Gewalt und Ideologien spielten bei Untersuchungen zum Denken jugendlicher Akteurinnen und Akteure eine Rolle, die von Jan Buschbom durchgeführt wurden. Im Infobrief 2009 erläutert er: „Ideologisches Denken ist selbstreferentiell, d. h. das Denken der jugendlichen Akteurinnen und Akteure ist in ihren Erfahrungswelten und ganz speziellen Deutungsmustern verankert, kreist um sie und greift kaum einmal über sie hinaus“. Dies bedeutet, dass sich die Gedanken immer um die gleichen Themen drehen und auch dass diese festgesetzt sind. Selten ist es möglich, die Jugendlichen von einem anderen Standpunkt zu überzeugen, denn dann müssten sie ihren „Kreis“ verlassen (das Gedankengut). Im Text „Ideologisierte Gewalt. Eine Bestandsaufnahme“ wird dazu treffend formuliert: „Um die Schlüssigkeit der eigenen Ideenwelten aufrecht zu erhalten, werden die absurdesten Begründungen bemüht. Infragestellung oder gar Aufgabe der ideologisierten Basis wirken auf den Ideologen beängstigend und bedrohlich“⁹. Hier deuten sich auch Grenzen präventiver Maßnahmen an, da ab einem bestimmten Punkt Jugendliche für „Außenstehende“ nur schwer erreichbar sind.

Jan Buschbom charakterisiert aber auch einen zweiten Punkt, der es schwierig macht, Jugendliche aus ideologisierten Denkschemen zu lösen. Er stellt fest, dass Feindbilder intensiv manifestiert werden. „Feindbilddenken konstruiert Identitäten entlang von Feindbildern“, d. h. anstelle der Realität tritt eine Inszenierung von Persönlichkeiten. Anhand dieser entstehen sogenannte Pseudo-Gemeinschaften. Jedes Fremd- und Anderssein kann in einer solchen Gemeinschaft nicht existieren und aus diesem Grund entsteht ein „Fremdbild“. Die Muster zur Beurteilung der Umwelt sind mit denen der Selbstwahrnehmung vergleichbar und führen zu schroffer Abgrenzung und Verneinung. Ideologisches Denken entwickelt sich nach Buschbom meist bereits im Jugendalter. Prävention muss daher im Sozialisationsprozess jugendlicher ansetzen und diese bei Bedarf in der Bewältigung ihrer Entwicklungsaufgaben und in der Suche nach Orientierungen aktiv unterstützen. In diese Richtung weisen auch Untersuchungen im Auftrag des Bundeskriminalamtes. Im Rahmen einer Studie von Saskia Lützing wurde festgestellt, dass die Entwicklung von ideologierter Gewalt und Terrorismus in einem interaktiven Prozess erfolgt¹⁰. Soziale und gesellschaftliche Aspekte aber auch gruppendynamische Prozesse spielen hier eine wichtige Rolle.

⁹ Jan Buschbom, Violence Prevention Network, Infobrief 2009

¹⁰ Saskia Lützing Studie „Die Sicht der Anderen“ von 2010

Die Aussage eines Interviewten „Es sind immer die Anderen die Bösen. Und das schweißt schon zusammen.“ steht exemplarisch für die ideologische Abgrenzung und die Konstruktion eines exklusiven Wir-Gefühls in der Gruppe.

Ausgehend von diesen Feststellungen ergibt sich ein enormer Bedarf für Aufklärung, Bildung und Sensibilisierung. Zielgruppen können hier nicht nur die Jugendlichen sein, sondern auch Sozialisationspartner in Familie, Schule und Freizeiteinrichtungen. Der Chemnitzer LAP stärkt die Zivilgesellschaft durch die Einbindung von verschiedenen Zielgruppen und einer Vielfalt an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an der Umsetzung von Maßnahmen der Demokratieentwicklung.

Die Förderung von Teilhabe und Mitbestimmung werden von den Akteurinnen und Akteuren als selbstverständliche Aspekte ihrer Projektarbeit umgesetzt. Mit dem LAP werden Ressourcen in diesem Arbeitsfeld gebündelt und Chancen für die Entwicklung vielseitiger präventiver Ansätze eröffnet. In vielen Projekten zeigt sich auch, dass die Befähigung der Chemnitzerinnen und Chemnitzern mit und ohne Migrationshintergrund, aktiv und selbstbestimmt ihre gesellschaftliche Umgebung mitzugestalten, im Rahmen der Maßnahmen befördert wird. Die Fortschreibung untersetzt diesen Anspruch durch eine neue, auf den unmittelbaren Erfahrungen der Akteure aufbauende Zielpyramide.

3. Umsetzung des Lokalen Aktionsplans

3.1. Sachstand der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans

Arbeit des Begleitausschusses

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz hat eine Förderrichtlinie zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans erlassen und einen Aktionsfonds in Höhe von 72.000 bis 80.000 € für Förderung von Projekten eingerichtet. "Beschlossen wurde außerdem, dass zur fachlichen Beratung bei der Vergabe der Fördermittel ein Begleitausschuss (BgA) eingerichtet werden soll, der mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteuren zu besetzen ist. Der Begleitausschuss gibt ein Votum zu den eingereichten Förderanträgen ab."

Die durch den Stadtrat beschlossene Förderrichtlinie enthält konkrete Kriterien, nach denen die Förderfähigkeit der Projekte zu bewerten ist.

Die Besetzung des Begleitausschusses erfolgte auf der Basis der Leitlinien des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ und des Bundesprogramms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“. Gemäß der Leitlinie des neuen Bundesprogramms ist der Begleitausschuss mehrheitlich mit Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft sowie nach den Prinzipien des Gender Mainstreaming besetzt, was mit 9 weiblichen und 8 männlichen Mitgliedern gewährleistet ist.

Der Begleitausschuss ist das zentrale Organ für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans. Er legt die Schwerpunkte für die Förderung auf der Grundlage des Lokalen Aktionsplans sowie der Förderrichtlinie fest und unterstützt die Umsetzung und Fortschreibung der integrierten lokalen Strategie. Der Begleitausschuss ist weiterhin Ort der Vernetzung zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und gibt Impulse für die Zusammenarbeit in der Stadt.

3.2 Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen

Die Öffentlichkeitsarbeit wird durch Pressemitteilungen, die Bereitstellung von Informationen über das Intranet der Stadtverwaltung Chemnitz und über das Internet gewährleistet. 2009 und 2010 sind insgesamt ca. 65 Artikel zu LAP - Projekten und Aktionen in örtlichen Presseorganen erschienen.

Für die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure und Initiativen wurde in Workshops und Informationsveranstaltungen Raum und Gelegenheit geboten. Ein Beispiel dafür war die im Rahmen des LAP - Forums am 12.06.2010 durch Akteurinnen und Akteure gestaltete Ausstellung zu Projekten in der Annenschule -Mittelschule-.

Die symbolische Anerkennungskultur, die Engagement und Initiative für Demokratie und Toleranz entsprechend würdigt, fand durch die Weitergabe der Auszeichnung „Ort der Vielfalt“ statt. Diese wurde der Stadt Chemnitz im Mai 2009 durch die Bundesregierung als Auszeichnung verliehen. Mit dieser Ehrentafel in Form eines gestalteten Ortsschildes, wurde durch die Koordinierungsstelle ein Verfahren entwickelt, lokale Initiativen öffentlichkeitswirksam zu würdigen. Titel und Ehrentafel „Ort der Vielfalt“ wurden an verschiedenen Orten der Vielfalt in Chemnitz präsentiert. Erster Ort für die Ehrentafel „vor Ort“ in Chemnitz war das Domizil des Chemnitzer Vereins AG In- und Ausländer. Der letzte Ort war das Don Bosco Haus Chemnitz. Anschließend soll die Auszeichnung einen dauerhaften Platz erhalten. Der Ort ist noch offen. Zur Förderung der Medienarbeit zu zivilgesellschaftlichem und staatlichem Engagement für Toleranz, Vielfalt und Beteiligungskultur sowie bereits gelingender Alltagspraxis wurde eine Netzwerkplattform im Internet eingerichtet. Die Plattform nennt sich Chemnitzer Netzwerk für Demokratie, Vielfalt und Toleranz (DeViTo) und befindet sich in der Aufbauphase. Es soll langfristig ein Angebot für individuelle Zugangswege zum Lokalen Aktionsplan und dem Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ sowie zur thematischen Auseinandersetzung sein.

Durch die Koordinierungsstelle wird bereits ein Newsletter herausgegeben, der sich zu einer Informations- und Ressourcenplattform für Akteurinnen und Akteure entwickelt hat. Als Teil der Öffentlichkeitsarbeit wird für den LAP eine Broschüre erstellt und einer breiten Öffentlichkeit sowie den Akteurinnen und Akteuren zur Verfügung gestellt. Ergänzend werden Flyer verteilt und Pressemitteilungen veröffentlicht.

2010 wurde durch die Koordinierungsstelle LAP in Kooperation mit der Neuen Sächsischen Galerie der Wettbewerb „Denk_mal ganz anders“ / Überall ist es besser als hier? - Faszination des Fremden“ durchgeführt. Die Weltoffenheit der Chemnitzerinnen und Chemnitzern wurde mit künstlerischen Mitteln kritisch hinterfragt. Migrantinnen und Migranten äußerten sich zu Ihrem Leben in Chemnitz. Außerdem erfolgte eine Verknüpfung des LAP mit der Chemnitzer Wirtschaft. Mehr als 100 Arbeiten in Text, Bild, Plastik und elektronischen Formen wurden eingereicht. Beteiligt waren Kinder und Jugendliche aus und um Chemnitz mit und ohne Migrationshintergrund. Die Aktion fand auch in den örtlichen Medien sehr gute Resonanz.

Projektförderung 2009 bis 2011

Im Jahr 2009 sind insgesamt 56 Anträge mit einem Antragsvolumen für Zuschüsse in Höhe von 128.037,60 € eingegangen. Für die Förderung von Kleinprojekten bis zu 3000,00 € standen aus dem Haushalt der Stadt Chemnitz insgesamt 72.000 € zur Verfügung. Bewilligt wurden Zuschüsse in Höhe von 71.962,86 € für 35 Projekte.

Insgesamt sind im Jahr 2010 65 Anträge mit einem Antragsvolumen für Zuschüsse in Höhe von 145.304,15 € eingegangen. Für die Förderung von Kleinprojekten bis zu 3000,00 € standen aus dem Haushalt der Stadt Chemnitz insgesamt 78.400 € zur Verfügung. Bewilligt wurden Zuschüsse in Höhe von 77.938,72 € für 45 Projekte.

Im Jahr 2011 wurden 60 Anträge mit einem Antragsvolumen in Höhe von 146.352,77 Euro eingereicht. Für die Förderung von Kleinprojekten bis zu 3000,00 € standen aus dem Haushalt der Stadt Chemnitz insgesamt 80.000 € zur Verfügung. Bewilligt wurden Zuschüsse in Höhe von 79885,34 € für 42 Projekte.

Nachfolgend werden einige Projekte und die Ressourcen der Demokratiewerkstatt in Chemnitz kurz vorgestellt.

3.3. Ressourcen und Projektarbeit im Rahmen des LAP

Im Rahmen des LAP wurden zahlreiche Projekte gefördert, die das Engagement von Akteurinnen und Akteuren für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz gestärkt haben. In den erreichten Zielgruppen konnte eine Sensibilisierung für diese Themen erreicht werden. Deutlich werden Ressourcen, die durch die LAP Arbeit gebündelt werden konnten. Viele Akteurinnen und Akteure fühlen sich durch die kommunale Unterstützung in ihrem Engagement gegen Rechts gestärkt.

Kirchen, Religionsgemeinschaften und Vereine engagieren sich für Toleranz, Demokratie und gegen Geschichtsrevisionismus

Die Evangelisch- lutherische Kirchgemeinde St. Pauli-Kreuz Chemnitz führte einen Aktionstag gegen Fremdenfeindlichkeit mit einem Konzert, einer Lesung und einer Diskussionsrunde durch. Unter dem Titel „Toleranz unter Religionen als Grundbaustein des Friedens“ wurde ein Theaterstück erarbeitet, welches Religionsfreiheit, Toleranz und Friedensarbeit thematisierte. In einer Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern von drei Religionen, Gästen und Gemeindemitgliedern wurde deutlich, dass es vielfältigen Austauschbedarf gibt. Das Projekt hat gezeigt, dass es nach wie vor großer Anstrengungen bedarf, um zu einem toleranteren Umgang miteinander zu finden, wenn sich Menschen in ihren Weltanschauungen unterscheiden. Die Gemeinde hat schon mehrfach Projekte durchgeführt, die der Toleranzförderung dienen.

Gegen die Vereinnahmung eines Denkmals für die Gefallenen aus dem 1. Weltkrieg auf dem Ebersdorfer Friedhof durch Neonazis wehrte sich die Evangelisch-Lutherische Stiftsgemeinde Chemnitz-Ebersdorf. In der Stiftskirche wurde die Ausstellung „Auch in Chemnitz brannte die Synagoge“ gezeigt. Es fanden Workshops mit Schülerinnen und Schülern und ein Gedenkgottesdienst statt. Am Kriegerdenkmal wurde eine Gedenktafel für alle Opfer von Krieg, Terror und Gewalt angebracht.

Dem Gedenken an das Novemberpogrom widmen sich jährlich in gemeinsamen Veranstaltungen jüdischer und christlicher Gemeindemitgliedern und Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger das Evangelische Forum; die Volkshochschule Chemnitz und die Jüdische Gemeinde.

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus aller Welt, Ausstellungen und die Aufarbeitung der Chemnitzer Vergangenheit sorgen jährlich für ein hohes Niveau im Engagement gegen das Vergessen und Geschichtsverfälschung.

Im Fokus eines Workshops „Erinnern, begegnen und Zukunft gestalten“ vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. standen Geschichtsaufarbeitung und die Begegnung von Jugendlichen. Jugendliche aus Chemnitz und aus Wolgograd begegneten sich und arbeiteten gemeinsam auf der sowjetischen Kriegsgräberstätte in Chemnitz Reichenhain. Sie haben sich auf historische Spurensuche begeben. In Workshops beschäftigten sich die Jugendlichen mit den Folgen des Nationalsozialismus und heutigen Formen von Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt. Besonders spannend waren die Diskussionen innerhalb der mehrsprachigen Gruppe, die davon zeugten, dass Toleranz und Weltoffenheit keine selbstverständlichen Werte sind, sondern in einem Prozess gemeinsam erarbeitet werden müssen. Das Projekt wirkte deshalb sowohl als historisches Projekt der Geschichtsaufarbeitung als auch für den akzeptierten Umgang mit verschiedenen Kulturen.

Ein weiteres Projekt mit dieser Zielrichtung war ein Jugendcamp im Umfeld des ehemaligen KZ Sachsenburg unter dem Titel „Eine Schneise in die Geschichte schlagen“ des Vereins Klink e.V. Hier setzten sich junge Menschen mit der Geschichte des KZs inhaltlich auseinander, um zu bewirken, dass dieser Ort nationalsozialistischer Verbrechen nicht in Vergessenheit gerät.

Die Entwicklung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins durch Bildungsfahrten, in Workshops, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und Zeitzeugengesprächen ist eine Zielstellung, die im LAP eine wichtige Rolle spielt. Viele Schulen und Vereine konnten mit den Fördermitteln geeignete Projekte umsetzen, die sonst nicht möglich gewesen wären. Besonders positiv wurde gesehen, dass durch die Förderung Jugendliche erreicht werden konnten, denen aus finanziellen Gründen eine Teilnahme z. B. an politischen Bildungsfahrten sonst nicht möglich gewesen wäre.

Die Stadtjugendfeuerwehr hat schon mehrfach mit Feuerwehr-Jugendgruppenleiterinnen und Feuerwehr-Jugendgruppenleiter Seminare mit Besuch der Gedenkstätten Buchenwald und Auschwitz organisiert. Sie wurden durch die Landesjugendfeuerwehr Sachsen unterstützt.

Weitere Themenkomplexe, mit denen sich zahlreiche Projekte im Rahmen des LAP auseinandersetzen, sind Toleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Diskriminierung und menschenverachtende Einstellungen, Integration, Flucht und Vertreibung. In diesem Bereich engagiert sich seit Jahren die Jüdische Gemeinde mit Veranstaltungsreihen, Podiumsdiskussionen und Konzerten.

Bürgerinnen und Bürger und Initiativen engagieren sich für Demokratie und Toleranz und gegen Rechts

Im Bereich Demokratiearbeit engagieren sich zunehmend Jugendinitiativen. Die Jugendinitiative "Wir für Demokratie"; führte ein OpenAir für politisches Engagement durch. Die Jugendinitiative Europa in Chemnitz engagiert sich für ein lebendiges Europa mit Workshops und Informationsveranstaltungen über die aktuelle europäische Situation und zur Förderung demokratischen und toleranten Zusammenlebens verschiedener europäischer Kulturen.

Die Aufklärung über rechtes Gedankengut, Symbole und Szenebestandteile war Bestandteil der Aktion der Bürgerinitiative „Mitte gegen Rechts“ Chemnitz, die mehrfach einen Informationscontainer im Stadtgebiet aufstellte. Zahlreiche Chemnitzerinnen und Chemnitzern nutzen diese Informationsmöglichkeit. Dass diese Art der Aufklärung von Angehörigen der rechten Szene nicht gern gesehen wurde, zeigten wiederholte Versuche, den Container zu beschädigen.

Netzwerke und Stadtteileinrichtungen unterstützen die Arbeit mit dem LAP

Stadtteilarbeitskreise, Quartiersmanager und Bürgerhäuser engagieren sich für die Umsetzung des LAP. Sie fungieren als Netzwerkstellen, beraten Interessentinnen und Interessenten, führen Projekte durch und sind Orte gelebter Demokratie. Sie wirken in die Stadtteile und sind Partner für die Koordinierungsstelle.

Einwohnerinnen- und Einwohner- und Bürgerinnen- und Bürgerversammlungen sind Beleg für gelebte Demokratie und ermöglichen den Bürgern Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Stadt.

Den Themen Mitwirkung, Mitbestimmung und Teilhabe widmet sich das Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V. z. B. mit Jugendkonferenzen zur Mitgestaltung einer jugendfreundlichen Stadt Chemnitz sowie dem „Vitamin C – Projekt“ zum Empowerment von Kreisschülerinnenrat und Kreisschülerrat und Jugendforum in Chemnitz. Damit Jugendliche in der Lage sind, Vertretungsarbeit für die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Chemnitz zu leisten, bedarf es der Förderung der persönlichen Kompetenzen. Durch die LAP-Förderung war es möglich, hier fachlich fundierte Unterstützung zu geben.

Vereine engagieren sich für Demokratie, klären über rechte Symbole auf und setzen sich gegen Diskriminierung ein

Im Haus DASTietz wurde unter der Regie des RAA Opferberatung Sachsen e.V. in einer Ausstellung der Opfer gedacht, die aus rassistischen oder rechtsextremistischen Motiven ihr Leben verloren haben. Öffentlichkeits- und medienwirksam wurde die Aufmerksamkeit auf Opfer gelenkt, die in der Gesellschaft oft nicht die Unterstützung erfahren, die sie benötigen. Der Verein setzt sich nachhaltig und dauerhaft dafür ein, dass rechte Gewalt nicht verharmlost wird.

Einen filmischen Beitrag mit dem Titel „Auf den zweiten Blick“ über rechte Formen und (Vertriebs-) Strukturen in Chemnitz sowie Interviews mit Betroffenen, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Chemnitzer Netzwerken gegen Rechtsextremismus, zur Aufklärung und zur Anregung für Diskussion und Austausch erstellte die Chemnitzer Filmwerkstatt e.V.

Gegen rechte Gewalt führte schon mehrfach erfolgreich der Verein LiveAct Chemnitz e.V. Rockkonzerte und Workshops mit Jugendbands aus Chemnitz im Südbahnhof durch. Ein anderes Projekt, welches mit Musik, Workshops, Diskussionsrunden und kreativen Angeboten zur Förderung demokratischer Werte beitragen möchte, ist das Festival "Stay Rebel", welches wiederholt und erfolgreich durchgeführt wurde.

Durch das Christliche Jugenddorfwerk Deutschland e.V. Chemnitz wurde das Projekt „Vielfalt GestaltEN“ als Kunstprojekt gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt durchgeführt. In Workshops und Gesprächsrunden mit Betroffenen rechter Gewalt sowie der künstlerischen und inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Themen entstanden Arbeiten, die in einer Ausstellung gezeigt wurden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer reagierten sehr betroffen, welche Auswirkungen rechte Gewalt für den Alltag Betroffener hat.

Sehr bewegend waren die Ergebnisse der Workshops des Vereins Pyrocatharsis e.V. aus dem Projekt „Nathan – heute“. Mit theaterpädagogischen Mitteln setzten sich Jugendliche mit Vorurteilen, Toleranz, interkulturellen Austausch, Rassismus, Antisemitismus und Religionsfreiheit auseinander. Lessings Ringparabel liefert dafür Denkanstöße, die nach wie vor aktuell sind. Die Jugendlichen entwickelten Szenen und Bilder, die ihre Kritik am fehlenden Willen zum friedlichen Miteinander verschiedener Kulturen zum Ausdruck brachten.

Im Alltag werden häufig Menschen, die alternative Lebensentwürfe leben oder deren sexuelle Orientierungen von einem Teil der Gesellschaft nicht anerkannt werden, Opfer von Diskriminierung. Der Verein different people e.V. führte deshalb das Projekt „Chemnitzer, deine Augen BLICKEN“ durch. Im Ergebnis entstand ein Film, der berührend, sensibel aber auch komisch die Chemnitzerinnen und Chemnitzer mit dem „Anders Sein“ konfrontiert. Der entstandene Film und besonders die schwierige Entstehungsgeschichte sind geeignet, um nachhaltig Diskussionen zum Thema zu führen.

Das Toleranz und Demokratie auch in die Chemnitzer Clubszene einfließen können, hat der Verein Jam'nitz e.V. bewiesen. Er veranstaltete die „music4life-Clubnacht“. Bei diesem Projekt richteten alle Chemnitzer Clubs eine gemeinsame Musiknacht zum Thema aus, bei welcher sich alle Veranstalterinnen und Veranstalter mit Flyern, Dekoration und Musikauswahl offensiv gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wendeten und ein Zeichen für ein tolerantes Miteinander setzten.

Unternehmen, Kultur- und Bildungseinrichtungen engagieren sich für Demokratie und gegen Diskriminierung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Wirtschaftsunternehmen unterzeichneten Selbstverpflichtungserklärungen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (VW Chemnitz). Wirtschaftsunternehmen unterstützen demokratiefördernde Maßnahmen z. B. einen Schülerwettbewerb (Bruno Banani underwear GmbH, CVAG, Freie Presse, GGGmbH NILES-SIMMONS INDUSTRIEANLAGEN GMBH, Neue Sächsische Galerie, Stadtbibliothek, Volkshochschule).

Die Ressource Unternehmen wird zu wenig von den Akteurinnen und Akteuren genutzt. Chemnitzer Wirtschaftsunternehmen sind gern bereit, sich für Demokratie und Toleranz zu engagieren, wenn sie in angemessener Form eingebunden werden.

Dies zeigt sich u. a. in der Unterstützung von Aktionen gegen die rechtsextremistischen Vereinnahmungsversuche des Gedenkens zum 5. März*.

Bewährt haben sich die jährlichen Aktionstage „Lesen gegen Gewalt“ im DAStietz mit der Stadtbibliothek. Mit Autorenlesungen und Diskussionen über Gewalt, Toleranz und Rassismus wird die Bildungsarbeit an Schulen unterstützt.

Fußball und Diskriminierung sind Themen, die in der Öffentlichkeit schwierig zu diskutieren sind. Die Volkshochschule Chemnitz hat mit der Ausstellung „Strafraum Sachsen/Chemnitz - Ausstellung zu Diskriminierung im Fußball“, öffentlichkeitswirksamen Diskussionen, Fairplayveranstaltungen und Workshops versucht, sich dem Thema zu nähern. Es hat sich gezeigt, dass zur Sensibilisierung der Chemnitzerinnen und Chemnitzer gegenüber Rassismus, Antisemitismus, Neonazismus im Sport noch Handlungsbedarf besteht.

Vereine engagieren sich, um aufklärend gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu wirken

Flucht und Vertreibung werden thematisiert und Chemnitzerinnen und Chemnitzer sind für die Probleme von Flüchtlingen sensibilisiert. An den Themen Integration, Flucht und Vertreibung arbeitet bspw. die AG In- und Ausländer e.V. "Flüchtlinge machen Theater" – ist ein erfolgreiches Angebot für Chemnitzer Schulen, welches aus Workshops, Theateraufführungen und Diskussionsrunden mit Flüchtlingen besteht. Die Wirkung des Projektes besteht einerseits in der künstlerischen Arbeit am Projekt in Form des darstellenden Spiels der Flüchtlinge selbst, andererseits in der Reflexion durch das Publikum. Die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass Jugendliche weltweit Bedürfnisse und Probleme haben, die den eigenen gleichen. Sie werden aber auch mit Problemen von Flucht, Vertreibung und Heimatlosigkeit konfrontiert. Informationsveranstaltungen zur Situation minderjähriger Flüchtlinge, Vernetzungstreffen und Aktionen des Sächsischen Flüchtlingsrats e.V. gehen ebenfalls dieser Intention nach.

Auf völlig neue Weise wurde dieses Thema durch den Verein Oscar e.V. im Weltecho aufbereitet. „Willkommen - nichts ist süßer denn die Heimat“ nutzte zur Vermittlung der Flüchtlingsproblematik einen alternativen und für Chemnitz neuen Weg. Ein AusstellungsTheaterAsyl mit Installation und Spiel sorgte dafür, dass mehr als 500 Chemnitzerinnen und Chemnitzer einen Parcours durchliefen, der ungewöhnlich und berührend auf die Problematik aufmerksam machte. Beeindruckend war auch, dass Schauspielerinnen und Schauspieler, Schülerinnen und Schüler und Migrantinnen und Migranten gemeinsam an diesem Projekt arbeiteten.

Chemnitzer Vereine leisten Präventionsarbeit gegen Gewalt

Gewalt, Gewaltbereitschaft und menschenverachtende Einstellungen sowie gewaltfreie Möglichkeiten der Streitschlichtung und des Konfliktmanagements waren Themen zahlreicher Projekte. Zwei sollen im Folgenden vorgestellt werden.

*5. März „Jahrestag der Bombardierung der Stadt durch alliierte Luftstreitkräfte, der seit mehreren Jahren durch die rechte Szene für geschichtsrevisionistische Aufmärsche und Aktionen genutzt wird.“

Beide Projekte haben die Zielsetzung, Sozialkompetenzen bei Kindern, Eltern und Erzieherinnen und Erzieher zu entwickeln, die für ein friedliches Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft unabdingbar sind. Die Ansätze und Methoden sind jedoch unterschiedlich. Der Verein Huckepack-Kinderförderung e.V. ist Träger des Projektes „Huckepack – Mentorengestützte Prävention aggressiven Verhaltens“. Von der Kindertagesstätte Nevoigtstraße und dem Amt für Jugend und Familie wurde das Projekt „Schlaue Eule wird flügge“ in Kooperation mit dem Agricola-Gymnasium weitergeführt.

Im Sportbereich werden beispielsweise von der Sportjugend Chemnitz im SSBC e.V. und dem Boxclub Chemnitz e.V. Workcamps und Wettkämpfe durchgeführt, die sich gegen Gewalt richten, für Toleranz werben und Migrantinnen und Migranten einbinden. Kooperiert wird mit Mittelschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulzentren, Fanprojekten und der Polizei.

Arbeit mit Schulen und anderen Bildungsträgern

Die Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. ist Mitglied im bundesweiten Netzwerk „Für Demokratie Courage zeigen“ (NDC) und leistet in Kooperation mit der DGB-Region Südwestsachsen seit vielen Jahren aktive Bildungsarbeit in der Stadt Chemnitz. Schwerpunkt sind eintägige Bildungsveranstaltungen zur Demokratieförderung in Schulklassen und Ausbildungsgruppen. Deren Hauptziel ist die Prävention von Diskriminierung und Rassismus, Neonazismus, Homophobie und sexistischen Einstellungen unter Jugendlichen. Die abwechslungsreich und beteiligungsorientiert gestalteten Bildungsveranstaltungen werden nach dem Prinzip „Jugend für Jugend“ von über 40 jungen, freiwillig engagierten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren umgesetzt. Sie werden dafür entsprechend geschult und kontinuierlich weitergebildet und durch ein Team von Hauptamtlichen bzw. ausgebildeten Trainerinnen und Trainer betreut.

Im Rahmen der außerschulischen Jugendbildung wurden 2010 eine Vielzahl von Projekttagen und Workshops sowie eine Projektwerkstatt mit den Chemnitzer „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ durchgeführt. Die Zielgruppe der Bildungsveranstaltungen waren Chemnitzer Schülerinnen und Schüler, FSJlerinnen und FSJler, Besucherinnen Besucher von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendleiterinnen und Jugendleiter. Innerhalb des Projektes „Sozialkompetenz in der Ausbildung“ (SKA) fanden aufeinander aufbauende Bildungsbausteine überwiegend mit Auszubildenden in außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen statt.

Die Bildungsveranstaltungen hatten unterschiedliche thematische Ausrichtungen u. a. mit folgenden Schwerpunkten: Entstehung und Funktionsweise von Vorurteilen, Folgen von Diskriminierung und Rassismus für die Betroffenen, Erziehung in Geschlechterrollen und damit verbundenen Zuschreibungen und Einschränkungen, Mitwirken an der Zukunft eines demokratischen Europas und Förderung eines gleichberechtigten Miteinanders. Unterschiedlich werden Diskussionen und Reflexionsmethoden genutzt, um eigenes Denken und Handeln kritisch zu hinterfragen. Vorurteile und Ansätze von diskriminierenden bis menschenverachtenden Einstellungen sind in beinahe allen Klassen und Gruppen zu beobachten. Obwohl der überwiegende Anteil der Jugendlichen Vorurteile im Kontext der genannten Einstellungsmuster besitzt, sind sie Argumenten zugänglich.

Darüber hinaus positioniert sich ein nicht unerheblicher Anteil offen gegen diskriminierende Äußerungen und arbeitet während der Bildungsveranstaltungen motiviert und aktiv mit. Sie brauchen allerdings Bestärkung, Begleitung und Unterstützung in ihrem Tun.

Innerhalb der Chemnitzer Schulen, in Jugendeinrichtungen und im Berufsbildungsbereich gibt es also weiteren Entwicklungsbedarf für die Förderung von jugendlichem Engagement für Demokratie.

Weitere Bildungsträger, die sich vor Ort in diesem Bereich engagieren, sind z. B. Arbeit und Leben Sachsen e.V., die AGJF Sachsen e.V. und die Volkshochschule Chemnitz. Zahlreiche Seminare, Podiumsdiskussionen, politische Bildungsfahrten, Lesungen u. ä. Veranstaltungen werden ständig angeboten.

In Chemnitz sind auf hohem Niveau umfangreiche und vielfältige Angebote vorhanden, die Menschen politisch und sozial bilden und diese zur Teilhabe an der Gesellschaft befähigen. Eine Ressource liegt darin, mehr Chemnitzerinnen und Chemnitzer mit diesen Angeboten zu erreichen.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Das bundesweite Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR-SmC) ist ein Projekt von und für Schülerinnen und Schüler, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen. Voraussetzung für den Titelwerb ist eine Unterschriftensammlung, in der sich mindestens 70 % der Schülerinnen und Schüler und des Kollegiums einer Schule zu den Grundsätzen des Projektes bekennen.

Mittlerweile tragen 11 Chemnitzer Schulen als Auszeichnung und Selbstverpflichtung den Titel „Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage“. Diese werden sowohl von der Landeskoordination, der Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V., als auch von der AG In- und Ausländer in ihrem Engagement unterstützt.

Als erste Schule in Chemnitz wurde dem Dr. Wilhelm-André-Gymnasium am 02. März 2002 der Titel verliehen. Darauf folgten das Karl-Schmitt-Rottluff-Gymnasium, die Untere Luisenschule, die Mittelschule Gablenz, das J.-W.-v.-Goethe-Gymnasium, die Albert-Schweitzer-Mittelschule, das Georgius-Agricola-Gymnasium, die Mittelschule „Am Flughafen“, die Georg-Weerth-Mittelschule, die Annenschule und schließlich am 5. März 2011 die Mittelschule Reichenbrand.

Im Rahmen einer Vernetzungsveranstaltung im Dezember 2010 zeigten ca. 20 Schülerinnen und Schüler aus 8 Schulen eine hohe Motivation für antirassistisches Engagement. Von fast allen wurde das Interesse an einer Intensivierung der schulübergreifenden Zusammenarbeit und Durchführung weiterer gemeinsamer Veranstaltungen benannt.

Beauftragte der Verwaltung

Ausländerbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte, Kinderbeauftragte und Behindertenbeauftragte engagieren sich gegen Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen. Beispiel dafür ist die Kinderkonferenz der Grundschulen zu Kinderrechten. Beauftragte der Verwaltung tragen zur Vernetzung mit anderen Akteurinnen und Akteuren bei und sind an der Umsetzung des LAP aktiv beteiligt.

Zusammenfassung

Akteurinnen und Akteure im Chemnitzer LAP sind in der Breite gut aufgestellt. Ressourcen gibt es bei der Erschließung unterschiedlicher Zielgruppen, Nutzung vorhandener Strukturen und der Beteiligung weiterer Akteurinnen und Akteure.

3.4 Auswertung der Projektarbeit und Ergebnisse der Evaluierung

Der bisher geltende Lokale Aktionsplan enthielt aufbauend auf einer Situationsanalyse konkrete Handlungsempfehlungen an die Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker, Verwaltung, Kinder- und Jugendliche, pädagogische Fachkräfte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft und die Koordinierungsstelle. Die erstellte Zielpyramide spiegelte die Komplexität der Aufgaben wider und versucht möglichst umfassend auf Bedarfe zu reagieren.

Die AGJF Sachsen e.V. führte von September 2009 bis November 2010 im Auftrag der Stadt Chemnitz (Dezernat 3) die Evaluation des LAP durch. Die Ergebnisse können an dieser Stelle nur kurz dargestellt werden. Der vollständige Bericht ist in der Koordinierungsstelle einsehbar.

Anhand der Fragestellungen der Evaluation sollten Prozess und Ergebnisse des LAP dargestellt und bewertet werden, wobei sowohl die Ebene LAP als auch die Ebene Einzelprojekte berücksichtigt wurden. Wesentlich war dabei die Darstellung unterschiedlicher Blickwinkel auf den LAP. Die Evaluation behandelte den Projektablauf insgesamt sowie die Fragen, inwiefern die einzelnen Prozesse und Maßnahmen planmäßig umgesetzt werden, sie erwartungsgemäß funktionierten und welche Zielgruppen erreicht wurden. Daneben sollte durch reflexive Rückkopplungen der Prozess optimiert werden.

Im Rahmen des LAP wurden eine Vielfalt von Akteurinnen und Akteure erreicht und zahlreiche Projekte durchgeführt. Das Förderprogramm des LAP wurde sehr gut angenommen. Initiativen und Vereine, die vorher im Themenfeld nicht explizit präsent waren, konnten in den Prozess des LAP eingebunden werden. Die Fülle von Aktivitäten ist als Ausdruck einer lebendigen Zivilgesellschaft zu interpretieren.

Begleitausschuss und Koordinierungsstelle sind arbeitsfähig und werden als wesentliche Instrumente zur Umsetzung des LAP anerkannt. Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie der Verwaltung im Begleitausschuss ermöglichen einen Abgleich und die Weitergabe von Einschätzungen und Informationen und sind Voraussetzung für eine Wirkung in die Verwaltung hinein.

Die eigentlichen Projekte konnten durch Anpassungen der Formulare, Reflexionen und Qualifizierungen verbessert werden. Der Erfahrungsaustausch, Vernetzungen und Kooperationen wurden angeregt. Mit den Maßnahmen und Projekten 2009 und 2010 wurden alle Mittlerziele des LAP untersetzt. Künftiger Handlungsbedarf ist vor allem in einer stärkeren Beteiligung der Verwaltung an der Umsetzung der Ziele des LAP zu sehen. Die öffentliche Wahrnehmung des LAP konnte im Prozess durch begleitende Veranstaltungen erhöht werden. Eine stärkere Positionierung von Spitzen der kommunalen Verwaltung und Politik zu Inhalten und Zielen des LAP stellen Potentiale dar.

Durch die AGJF wird in der Evaluierung festgestellt, dass die Zielpyramide inhaltlich Überschneidungen und teilweise Unklarheiten aufweist. Dies spiegelt sich in den Anträgen durch die Nennung mehrerer, u. U. zahlreicher verfolgter Handlungsziele wieder. Die Inhalte und Themen der einzelnen Ziele sind nicht ausreichend abgegrenzt. In der Fortschreibung wurde daher darauf geachtet, dass die Leit- und Mittlerziele sich hinsichtlich von Arbeitsfeldern oder Zielgruppen voneinander abgrenzen, um eine spezifische Umsetzung der verfolgten Handlungsziele zu erreichen.

Die Handlungsempfehlungen und die Zielpyramide sind Grundlage der Projektförderung und unterliegen in diesem Kontext der ständigen Überprüfung der Akteurinnen und Akteure. Diese direkte Beteiligung an der inhaltlichen Untersetzung des Lokalen Aktionsplans ist Bestandteil der lokalen Handlungsstrategie und der Fortschreibung. Die vorliegende Fortschreibung ist deshalb das Ergebnis der Projektarbeit mit dem LAP und des Entwicklungsprozesses aus den Jahren 2008 bis 2011.

Die Projektarbeit im Rahmen des Lokalen Aktionsplans erfolgte bisher in Form von Mikroprojekten. Dies hat Auswirkungen auf die Projektarbeit, da zumeist zeitlich begrenzte Projekte z.B. Workshops, Tagesveranstaltungen, Bildungsreisen, Wettbewerbe, Vortragsreihen, Lesungen und Podiumsdiskussionen durchgeführt werden. In diesem Kontext Nachhaltigkeit zu erzeugen, stellt sich als Herausforderung für die Akteurinnen und Akteure dar. Der LAP arbeitet mit Erfolgsindikatoren, mit denen die Wirksamkeit der Projekte überprüft wird. Das heißt, die Akteurinnen und Akteure müssen klare Zielstellungen setzen, die überprüfbar sind. Es erfolgt keine Pauschalförderung, sondern eine ergebnis- und zielgruppenorientierte Projektarbeit, deren Umsetzung durch die Mitglieder des Begleitausschusses und die Koordinierungsstelle im Controlling überprüft wird. Damit ist sichergestellt, dass eine der Förderrichtlinie entsprechende Verausgabung der Mittel erfolgt.

Die Möglichkeit der Antragstellung durch natürliche Personen ab 18 Jahren wurde in der Evaluation positiv bewertet, da die Zielsetzung eines niedrighschweligen Zugangs eingelöst werden konnte. Inzwischen sind zahlreiche neue Akteurinnen und Akteure in die Arbeit mit dem LAP eingestiegen. Die angestrebte Breitenwirkung wurde erreicht. Im Jahr 2010 konnten im Rahmen der geförderten Projekte 8373 TeilnehmerInnen erreicht werden.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass der Lokale Aktionsplan kein starres Gerüst ist, sondern eine lokale Strategie, die sich unmittelbar im demokratischen Prozess mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren entwickelt und umgesetzt wird. Weitere Ressourcen werden u. a. in der Öffentlichkeitsarbeit der Akteurinnen und Akteure, den genaueren Ausrichtung auf Zielgruppen und deren Einbindung und die Vernetzung von Kooperationspartnern gesehen.

3.5 Netzwerkanalyse

Im Rahmen einer Erhebung von Organisationsdaten im Bereich der Akteurinnen und Akteure des Lokalen Aktionsplans Chemnitz wurde durch die Koordinierungsstelle eine Organisationsliste mit 204 Akteurinnen und Akteuren erarbeitet. Die Zusammenarbeit der Organisationen und Initiativen wurde in einer Netzwerkanalyse untersucht.

Den befragten Akteurinnen und Akteuren wurde die Möglichkeit gegeben, dieser geschlossenen Liste weitere, bisher unberücksichtigte Organisationen und Initiativen hinzuzufügen. Die Durchsicht der Antworten ergab, dass keine wesentlichen Akteurinnen und Akteure bei der Erstellung der Organisationsliste unberücksichtigt geblieben sind, was für die Breitenwirkung und öffentliche Wahrnehmbarkeit des LAP und die gelungene Einbindung der Zivilgesellschaft spricht. Die Datenerhebung wurde vor Ort durch die Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplans in Laufe des Jahres 2010 durchgeführt. Die Rücklaufquote lag mit unter 30% deutlich unter den Erwartungen.

Ergebnis:

Insgesamt lässt sich für Chemnitz feststellen, dass ein mehr als solides Fundament und ein bereits weit entwickeltes, thematisches Netzwerk gegeben sind. Es gibt keine isolierten Akteurinnen und Akteure. Alle sind mehr oder weniger stark in das Netzwerk integriert. Berücksichtigt man jedoch, dass Netzwerke ihre Kraft aus der flexiblen Kombinierbarkeit der unterschiedlichen Ressourcen und Informationen aller Akteurinnen und Akteure beziehen, bestehen hier noch erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Weitere Informationen können der Netzwerkanalyse entnommen werden, die in der Koordinierungsstelle ausliegt.

3.6 Zielgruppen und Gender Mainstreaming

Die Akteurinnen und Akteure haben im Rahmen der Fortschreibung übereinstimmend festgestellt, dass keine Zielgruppe aus dem LAP ausgeschlossen werden sollte. In den genannten Problembereichen besteht für alle Zielgruppen Handlungsbedarf. Besondere Schwerpunkte sollten auf generationsverbindende Projekte und neue Zugangsmethoden gesetzt werden.

Zielgruppen bleiben deshalb:

- Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen
 - Kinder und Jugendliche, die sich gegen Rechts engagieren wollen
 - Erwachsene mit einer latenten Neigung zu Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus
 - Migrantinnen und Migranten
 - Akteurinnen und Akteure der Stadtteilkonferenzen
 - Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen
 - Lokale Netzwerke und Gruppierungen / Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Kirchen
 - Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens
 - Deutungsmächtige Akteurinnen und Akteure aus Unternehmen, Politikerinnen und Politiker, Medien und Meinungsbildung
 - Rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche (u.a. im Fußballumfeld)
- Gender Mainstreaming

Grundsätzlich werden im Rahmen des LAP-Prozesses gleichberechtigte Zugänge der Geschlechter zu den Projekten und Beteiligungsprozessen gefordert und umgesetzt.

Die Akteurinnen und Akteure werden ergänzend angeregt, spezifische Ziele und Projekte, die auf die unterschiedliche Bedürfnisse der Geschlechter abstellen, vorzuschlagen und umzusetzen. Grundsätzlich werden Projekte in der Beratung und Förderung unterstützt, in denen die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen von Mädchen/Frauen und Jungen/Männern ernstgenommen, aufgegriffen und in der Projektdurchführung berücksichtigt werden. Von Vorteil ist dabei, dass es in Chemnitz zahlreiche Vereine und Initiativen gibt, die sich seit Jahren bemühen, geschlechtersensible Angebote zu unterbreiten und eine Sensibilisierung für die eigene und andere Geschlechterrollen zu erreichen. Beispielgebend dafür sind: different People e.V., Lila Villa, AGJF Sachsen e.V.

Der Begleitausschuss ist paritätisch mit neun Frauen und acht Männern besetzt. Dieses Gremium sieht die Strategie des Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe.

4. Situationsanalyse

4.1 Überblick über die Situation im Freistaat Sachsen

Die Situation für den Freistaat Sachsen wird kurz dargestellt, um Unterschiede zur Situation in der Stadt Chemnitz herauszustellen. Es wird deutlich, dass in Chemnitz andere Schwerpunkte in der Prävention zu setzen sind, als in Dresden oder Leipzig.

Auszüge aus dem Verfassungsschutzbericht des Freistaates Sachsen:

Rechtsextremismus in Sachsen

„Das Personenpotenzial der Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen stagniert“¹¹. Das bedeutet, dass in den letzten Jahren kein Anwachsen des rechtsextremistischen Personenpotenzials zu erkennen war. Insbesondere rechtsextremistische Parteien, vor allem die NPD, haben einen deutlichen Wählerinnen- und Wählerrückgang und Anhängerinnen- und Anhängerrückgang zu verzeichnen. Jedoch ist die Zahl der „Freien Kräfte“ etwas angestiegen. Diese Gruppen sind für Menschen interessant, die sich nicht unmittelbar an eine Partei binden möchten. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass sich diese „Freien Kräfte“ an feste Strukturen in Form von Kameradschaften oder Regionalgruppen der NPD anlagern. Die NPD ist die einzige rechtsextreme Partei in Sachsen, weiterhin ist sie auch bundesweit am bedeutendsten. Sie tarnen sich gern als „Kümmererpartei“ und stoßen dabei besonders bei unzufriedenen Bürgerinnen und Bürgern auf große Beachtung. Zur Umsetzung ihrer Ziele sind sie jedoch meist auf die neonationalsozialistischen Freien Kräfte angewiesen.

¹¹ Zusammenfassung im Verfassungsschutzbericht 2010 unter der Überschrift „Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus“

Denn gleichermaßen verfolgt die NPD natürlich die rechtsextremistische Zielsetzung der Überwindung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der Schaffung einer „Volksgemeinschaft“ und vertritt ein hohes Maß an Fremdenfeindlichkeit. Die größten und aktivsten Verbände der NPD sind in Leipzig und in den Regionen Erzgebirge, Dresden und Meißen anzutreffen.

Linksextremismus in Sachsen

Die Anzahl der Personen denen linksextremistische Bestrebungen zugerechnet werden ist in den vergangenen Jahren angestiegen. Damit setzt sich der Aufwärtstrend fort, verlangsamt sich jedoch zusehend. So waren es 2006 550, 2008 710 und schließlich 2010 750 Personen. In den linksextremistischen Parteien ist allerdings insgesamt ein Rückgang der Mitglieder zu verzeichnen. So verliert die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD-OST) an Bedeutung und nur die zahlenmäßig stärkste Gruppierung in diesem Bereich, die Kommunistische Plattform der Partei die Linke (KPF) konnte ihr Mitgliederpotenzial stabil halten. Im Jahr 2010 gab es einen besonderen Anstieg der Gewalttaten durch die autonome Szene im Freistaat Sachsen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die immer schärfer geführten Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern und einer stärkeren Mobilisierung gewaltbereiter Linksextremistinnen und Linksextremisten die Gelegenheiten zu solchen Taten vermehren. Die größten autonomen Szenen finden sich in Leipzig und Dresden, während in Chemnitz nur eine deutlich kleinere autonome Szene besteht.

4.2 Überblick über die Situation in der Stadt Chemnitz

4.3 Ausgangssituation

Wahlergebnisse in Chemnitz

Stadtrat der Stadt Chemnitz Stand nach der Stadtratswahl 2009

Partei/Wählervereinigung	Anzahl Stimmen	%	Anzahl Sitze 2009	Änderung Stand 2011
Die Linke	61253	22,20	14	14
CDU	60196	21,82	14	15
SPD	54674	19,82	13	14
FDP	32228	11,68	7	8
Grüne	20819	7,55	4	4
Perspektive	6319	2,29	1	0
Pro Chemnitz.DSU	12608	4,57	3	3
Liste C	8253	2,99	1	0
NPD	6566	2,38	1	1
WV in Chemnitz wohn.	1263	0,46	0	0
Vosi	11678	4,23	2	1

Erläuterung: Pro Chemnitz ist im rechtspopulistischen Bereich einzuordnen. Sie bildete sich aus den Republikanern und Republikanern neu, die 2004 mit 5 Sitzen im Stadtrat vertreten waren. Die NPD ist neu in den Stadtrat eingezogen und war 2004 noch nicht vertreten.

Ausländische Bürgerinnen und Bürger und Migrantinnen und Migranten in Chemnitz

Von 240.727 Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Chemnitz beträgt der Ausländeranteil insgesamt 3,11 % an der Gesamtbevölkerung (Stand 30.11.2011) und ist damit sehr niedrig. Ein selbstverständlicher Umgang miteinander ist bei diesem geringen Anteil nur schwierig zu realisieren. Nach wie vor ist der Umgang mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und Migrantinnen und Migranten von Misstrauen, überhöhter Aufmerksamkeit, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung geprägt. Es besteht Handlungsbedarf, der sich in den Handlungszielen für den LAP niederschlägt.

4.4 Problemanalyse in Auswertung der Lageberichte des Verfassungsschutzes und der Informationen der Polizei

Parteien und Bewegungen im rechten Milieu

NPD - Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Gemäß dem Lagebericht des Verfassungsschutzes für die Stadt Chemnitz ist die NPD in der Stadt mit einem Kreisverband vertreten. Es bestehen enge Verbindungen zu den rechtsextremistischen Freien Kräften in Chemnitz, insbesondere zu den Nationalen Sozialisten Chemnitz (NSC). Dies zeigt sich an Hand gemeinsamer Veranstaltungen und Aktivitäten. Zur Stadtratswahl 2009 waren von den insgesamt 15 Kandidatinnen und Kandidaten der NPD in Chemnitz vier Kandidatinnen und Kandidaten den Freien Kräften zuzurechnen. Bei den Stadtratswahlen 2009 zog die NPD in den Chemnitzer Stadtrat mit einem Mandat ein. Darüber hinaus unterhält die NPD Kontakte zu tschechischen Neonazis und sorgt damit für einen landesübergreifenden Ausbau von nationalsozialistischen Strukturen.

Seit mehreren Jahren versuchen Chemnitzer Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten, darunter die NPD, den Jahrestag der Bombardierung der Stadt im zweiten Weltkrieg für sich zu instrumentalisieren.

JN – Junge Nationaldemokratinnen und Nationaldemokraten

Dem Lagebericht des Verfassungsschutzes für die Stadt Chemnitz ist zu entnehmen, dass der JN – Stützpunkt Chemnitz seit 2008 präsent ist. Bis Mitte diesen Jahres war der JN – Stützpunkt Chemnitz im Internet mit einer eigenen Homepage unter www.jn-chemnitz.pcrecords.net präsent. Darauf wurde neben dem Bekenntnis zu einer nationalistischen Weltanschauung u. a. zu Aktivitäten und Veranstaltungen aufgerufen, wie beispielsweise zum Trauermarsch am 05. März 2010 in Chemnitz. Auf ihrer Homepage stehen sie offen zu ihrer nationalistischen Weltanschauung. Thematisch widmet sich die Organisation dem „drohenden Aussterben des deutschen Volkes“.

Aus diesem Grund haben sie Anfang 2010 auch die Initiative „Volkstod stoppen“ ins Leben gerufen. Es gibt eine starke Verbindung zwischen den Chemnitzer Jungen Nationaldemokratinnen und Nationaldemokraten und den Freien Kräften. Es wurden schon zahlreiche Veranstaltungen mit gemeinsamer Beteiligung durchgeführt.

Chemnitzer Kameradschaften

Der Lagebericht des Verfassungsschutzes weist aus, dass die Stadt Chemnitz ein Schwerpunkt der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene des Freistaates Sachsen, mit einem hohen Anteil ansässiger Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten ist. Diese Einschätzung trifft auch für die zurückliegenden Jahre seit 2008 zu. Diese Szene tritt unter den Bezeichnungen Freie Kräfte oder Nationale Sozialisten Chemnitz (NSC) öffentlich in Erscheinung. Ihr werden etwa 40-50 Personen zugerechnet. Die NSC führen regelmäßig Vortrags- und Schulungsveranstaltungen durch und beteiligen sich an rechtsextremistischen Veranstaltungen in Sachsen und anderen Bundesländern. Die NSC verfügen über gute Kontakte zur lokalen NPD und JN. Im Internet präsentiert sich die lokale Szene mit einer eigenen Seite. Dort wird u. a. über Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene berichtet, beispielsweise über einen Zeitzeugenvortrag im Erzgebirge im April dieses Jahres. Die Einbindung in das Portal „Freies Netz“ ist ein Anhaltspunkt dafür, dass die Szene über Kontakte zu Gleichgesinnten in benachbarten Regionen verfügt. Es wird deutlich, dass es sich um eine Vernetzungsplattform für verschiedene Kameradschaften handelt.

Neue Rechte in Chemnitz

Die Neue Rechte in Chemnitz präsentierte sich in den vergangenen Jahren u. a. durch die „Pennale Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz“. Offiziell sei das Ziel mit „Gleichaltrigen [...] einer schönen und sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachzugehen“, die Raum für Feiern, körperliche Ertüchtigung sowie geistige Tätigkeit bietet.

Bei genauerer Betrachtung allerdings zeigt sich die rechte Ausrichtung durch ein striktes Bildungsprogramm. Aus der Burschenschaft hervorgegangen ist 2004 die „erste Chemnitzweite Schülerzeitung Blaue Narzisse“. Gründungsmitglieder waren neben Felix Menzel auch Benjamin Jahn Zschocke (Fraktion Pro Chemnitz). Die Zeitschrift wird inzwischen vom „Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e.V.“ herausgegeben und hat im intellektuellen Milieu der Neuen Rechten eine überregionale Bedeutung erreicht. Der Herausgeber Felix Menzel spricht von „meiner perfekten rechten Zeitung“¹².

Der Chemnitzer Rechtsanwalt Martin Kohlmann, der ebenfalls für die „Bürgerbewegung Pro Chemnitz“ im Stadtrat sitzt, gehört sowohl dem inaktiven Chemnitzer Schülerbund als auch der Leipziger „Arminia“ als „Alter Herr“ an. Er meldete z. B. im März 2009 anlässlich des Jahrestags der Bombardierung in der Stadt eine Gedenk-Demo an, an der zahlreiche Anhänger des „Freien Netz“ teilnahmen.

¹² Rede Felix Menzel 2010, Bielefelder Ideenwerkstatt/Burschenschaft Normannia-Nibelungen

Fußball und Sport als Betätigungsfeld rechter Einflussnahme

Im Randbereich der Chemnitzer Fußballszene gibt es verschiedene rechtsgerichtete Strömungen. Beispiel dafür ist die „Chemnitz New Society“ („NS-Boys“). Die NS-Boys nehmen sich die sogenannte „HooNaRa“ als Vorbild.

Dies ist die Abkürzung für „Hooligans – Nazis – Rassisten“. Weiterhin gibt es aber auch noch andere Gruppierungen, bei denen Kameradschaften mit aktiv sind. Dadurch kommen junge Fußballfans schon früh mit dem neonationalsozialistischen Gedankengut in Berührung. Distanz zu fremdenfeindlichen Einstellungen ist in diesem Umfeld kaum vermittelbar. Häufig sind es meist junge männliche Fußballfans, die bei Demonstrationen für den „Nationalen Sozialismus“ im Block der NSC anzutreffen sind. Noch nicht abgeschlossen ist das Verfahren wegen eines Überfalls ultrarechter Fans des CFC auf eine Fanparty, die von Fans des FC St. Pauli im Anschluss an ein Pokalspiel besucht wurde.

Der Chemnitzer FC ist durch verschiedene Projekte bemüht, die Neonazis in der Fangemeinde zurückzudrängen und mit antirassistischer Arbeit den Jugendlichen andere Alternativen zu bieten, als das rechte Gedankengut.

Rechte Vertriebszene/Konzerte/Aktionen

Aus dem Lagebericht des Verfassungsschutzes ist zu entnehmen, dass die Stadt Chemnitz kein Schwerpunkt der rechtsextremistischen Konzertszene ist.

Konzerte im Zeitraum 2010 / 1. HJ 2011

Datum	Veranstaltungsort	Teilnehmende Bands
28.08.2010	Chemnitz	Braune Brigade, Sturmkrieger u. a..
18.12.2010	Chemnitz	Sachsenblut, Sturmkrieger, Braune Brigade
02.04.2011	Chemnitz	Racial Purity, White Rebel Boys, Inkubation, Sturmkrieger

Chemnitzer Bands aus der rechtsextremistischen Szene sind „Blitzkrieg“ und „Sturmkrieger“.

Durch ein reichhaltiges Angebot an Konzerten, Demonstrationen und Veranstaltungen wird ein Zusammengehörigkeitsgefühl unter den rechtsorientierten Gruppierungen geschaffen und vermittelt. Vor allem junge Menschen sollen dadurch in Kontakt mit dem rechten Gedankengut kommen. Mittels nutzbarer Medien wie Internet, CD-Roms, Videoclips und Zeitungen erfolgt die Kontaktaufnahme und Vermittlung.

Chemnitz gilt in diesem Zusammenhang als ein wichtiges Zentrum der neonationalsozialistischen Vertriebszene. Es gibt hier zahlreiche Unternehmen, die mit Kleidungsmarken wie „Thor Steinar“ oder „Consdaple“ und rechter Musik handeln. Das wichtigste Element ist das hier ansässige Unternehmen „PC Records“. Das Unternehmen führt einen der bedeutendsten Vertriebe in der gesamten Bundesrepublik. Durch das Tonträger-Label der Firma wurden bundesweit die meisten Tonträger für die rechtsextremistische Szene produziert.

Es brachte seit Anfang 2010 fast drei Dutzend Tonträger von zumeist als rechtsextremistisch eingestuftem Bands auf dem Markt. 45 Produktionen des Labels sind als jugendgefährdend eingestuft. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Vertrieb über mehrere tausend Kundinnen und Kunden im In- und Ausland verfügt und jährlich mehrere hunderttausend Euro umsetzt. Das Unternehmen tritt häufig als Unterstützer rechtsextremistischer Aktionen auf.

Geschäfte wie „Backstreet Noise“ und „Waffen Army Shoes“, sollen dazu beitragen, dass Marken, Labels, Symbole und Zubehör der rechtsgerichteten Szene in der Bevölkerung salonfähig gemacht werden. Hier werden die Mittel erwirtschaftet, mit denen rechte Parteien und Gruppierungen Wahlkämpfe, Werbeaktionen und andere Aktivitäten finanzieren. "PC-Records" sponsert z.B. rechtsextremistische Veranstaltungen und Aktivitäten (Schulhof - CD, Fest der Völker, ...).

2010 wurde durch den rechtsextremistischen Vertriebsverlag "PC-Records" bei einer Versteigerung eine Gaststättenimmobilie ersteigert, die zum neuen Treffpunkt für die rechte Szene in und um Chemnitz ausgebaut werden soll.

Politisch motivierte Gewalt- und Straftaten

Politisch motivierte Gewalt- und Straftaten, welche in den letzten 2 Jahren verübt wurden, auf der Basis der Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz, des Landeskriminalamtes und der PD Chemnitz:

2009

links 37/davon keine Straftaten Gewaltkriminalität gegen Personen
rechts 133/davon 13 Straftaten Gewaltkriminalität gegen Personen

2010

links 67/davon keine Straftaten Gewaltkriminalität gegen Personen
rechts 128/davon 5 Straftaten Gewaltkriminalität gegen Personen

Durch die RAA Opferberatung werden ebenfalls rechte Straf- und Gewalttaten erfasst. Sie beruhen jedoch nicht auf den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PMK) sondern den Angaben von Opfern:

2009 16 Straf- und Gewalttaten rechts (Angriffe hier sind es fast ausschließlich Körperverletzungen und Bedrohungen)

2010 9 Straf- und Gewalttaten rechts (nur auf Personen bezogen)

Beispiele für rechtsextremistisch eingestufte Straftaten aus den Jahren 2010 und 2011 (Stand bis 31. Juli 2011):

Häufiges Ziel von Sachbeschädigungen mit rechtem Hintergrund ist das Restaurant Schalom. Trauriger Höhepunkt war der 8. April 2010, an dem unbekannte Täter fünf Laternen, den Briefkasten und die Eingangstür beschädigten. Außerdem wurde an den Briefkasten und die Eingangstür uriniert. Der entstandene materielle Schaden beträgt 2.000 Euro. Bedrohungen und Sachbeschädigungen sind inzwischen an der Tagesordnung und sind kein Zeichen für gelebte Toleranz in Chemnitz, sondern für Intoleranz und Diskriminierung.

Dass Fremdenfeindlichkeit nach wie vor verbreitet ist, zeigte sich u. a. am 11. August 2010, an dem es zu einer Körperverletzung mit ausländerfeindlichem Hintergrund in Gablenz kam. Die 23-jährige Geschädigte trug mit ihrem Vater (Kubaner) Zeitungen aus, als sie von einem unbekanntem Täter geschlagen und getreten wurde. Weiterhin beschimpfte und beleidigte er sie mit den drastischen Worten. Die Geschädigte wurde in das Klinikum Chemnitz eingeliefert und ambulant behandelt. Ein 33-jähriger Tatverdächtiger konnte am 13. August 2010 ermittelt und in eine Justizvollzugsanstalt eingeliefert werden.

Auch vor den Gedenkorten an die Opfer des nationalsozialistischen Regimes machen rechte Täterinnen und Täter nicht halt. Am 19 August 2010 wurde durch unbekannte Täterinnen und Täter ein in den Gehweg eingelassener „Stolperstein“ entwendet. Er trug die Inschrift „Laura Salago JG deportiert 1942 ermordet“.

Eine schwere Straftat mit Verdacht auf Landfriedensbruch ereignete sich am 18. Juli 2011 auf der Leipziger Straße. Dabei wurde eine unbekannte Tätergruppe mit ca. 15 mit Masken verummten Personen beobachtet, wie sie mehrere Steinbrocken auf mindestens sechs Fensterscheiben des alternativen Vereinszentrums „Urbane Polemik e.V.“ warfen sowie Scheiben von Bewohnerinnen und Bewohnern einschlugen. Anschließend flüchteten sie mit einem in der Tatortnähe abgestellten PKW ohne eingeschaltete Beleuchtung. Der entstandene Sachschaden konnte noch nicht beziffert werden. Wie aktiv die rechte Szene agiert und sich inszeniert, zeigen die gehäuft auftretenden Beschmierungen und Verunstaltungen mit verfassungswidrigen Symbolen oder Klebern an Gebäuden und anderen baulichen Einrichtungen. Es ist festzustellen, dass Chemnitz eine zentrale Funktion für rechtsextremistische Aktivitäten im Umland hat. Es gibt eine aktionsorientierte, subkulturelle Szene mit Verbindungen zu Fußballfans (NS Boys) und zahlreiche Aktivitäten von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten und Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten.

Linksextremismus

Chemnitz ist kein Schwerpunkt linksextremistischer Bestrebungen. Dies betrifft sowohl Autonome als auch orthodox kommunistische Bestrebungen. Einzelaktionen einiger Autonome Kräfte gibt es nur punktuell z. B. im Zusammenhang mit den Gedenkveranstaltungen zum 5. März¹³.

4.5 Problemanalyse aus der Sicht der an der Fortschreibung beteiligten Akteurinnen und Akteure

In den folgenden Abschnitten kommen die Menschen und Organisationen zu Wort, die sich aktiv an der Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans der Stadt Chemnitz beteiligt haben. Die dargestellten Aussagen basieren auf den Erfahrungen der Akteurinnen und Akteure und Ergebnissen der Diskussionen aus den durchgeführten Workshops des Fortschreibungsprozesses. Inhaltlich werden Wahrnehmungen und Beschreibungen hinsichtlich menschenverachtender Einstellungen, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Chemnitz dargestellt.

¹³Verfassungsschutzbericht 2010 Freistaat Sachsen

Des Weiteren wird sich mit Hindernissen im Hinblick auf Beteiligung, Gestaltungsspielräumen, zivilgesellschaftlichem Engagement, Transparenz von Verwaltungshandeln und Mitbestimmung auseinandergesetzt. Abschließend wird in diesem Abschnitt auf Problemwahrnehmungen bezüglich antidemokratischer Einstellungen, Ungleichwertigkeit von Menschengruppen, (politischer) Bildung und Prävention eingegangen.

An dieser Stelle muss betont werden, dass die Problemanalyse der beteiligten Akteurinnen und Akteure keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat und die vielfältigen individuellen Sichtweisen an dieser Stelle komprimiert abbildet.

Durch Akteurinnen und Akteure benannte Probleme im Bereich menschenverachtende Einstellungen, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus (insbesondere auch Alltagsrassismus), Gewalt, Vorurteile, Intoleranz, Ausgrenzung und Antisemitismus

Nach der Einschätzung der an der Erarbeitung des LAP beteiligten Akteurinnen und Akteure stehen Menschen mit Migrationshintergrund vor besonderen Hürden, die ihr Leben und ihre Alltagsgestaltung/ -bewältigung negativ beeinflussen können. Der aufenthaltsrechtliche Status hat für Migrantinnen und Migranten grundsätzliche Bedeutung und, führt im Alltag für viele von ihnen in reale und empfundene Zwangslagen. So werden häufig Rechtsansprüche aus Angst, Unkenntnis oder Unverständlichkeit nicht gewährt bzw. nicht eingefordert. Besonders bei Asylsuchenden werden Ängste und Hemmungen hinsichtlich des Kontakts mit Behörden und Institutionen benannt. Sie treffen in behördlichen und öffentlichen Zusammenhängen (Gesundheitseinrichtungen, Schulen, Ämtern, etc.) teilweise auf Unverständnis und Unwissenheit bezüglich ihrer Lebensumstände, sprachlicher Barrieren, und kultureller Hintergründe. Dies äußert sich nach Beschreibung der Akteurinnen und Akteure nicht selten in rassistischem Verhalten – von behördlichem Alltagsrassismus war in diesem Zusammenhang die Rede. Beispielhaft sei darauf verwiesen, dass in Chemnitzer Behörden Ausschilderungen und (Ratgeber)Broschüren nicht mehrsprachig zur Verfügung stehen. Auch Briefe an Asylsuchende seien ausschließlich in deutscher Sprache verfasst. Häufig fehle es den Menschen an Kontakt zu Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern und Hilfsangeboten, die ihnen bei der Bewältigung von bürokratischen Hürden zur Seite stehen, sie begleiten und beraten. So erhielten Betroffene Informationen oft nicht, die sie zur Durchsetzung ihrer Rechte dringend benötigen.

Im Rahmen der Fortschreibung wurde ein hoher Bedarf an Qualifizierung von Pädagoginnen und Pädagogen benannt, so dass diese den Aufgaben und Problemen, die mit Migration verbunden sind, adäquat begegnen können. Damit steige die Chance, die Menschen auf dem Weg ihrer Integration und der damit verbundenen gesellschaftlichen Teilhabe in Chemnitz zu unterstützen.

Interkulturelle Angebote werden nur sehr einseitig angenommen und gering frequentiert. Hierfür kann einerseits die Qualität der Angebote ursächlich sein, andererseits bestimmt diese sich auch aus einem lebendigen Miteinander von Einheimischen und Migrantinnen und Migranten, an dem es nach der Aussage vieler Akteurinnen und Akteure im Alltag mangelt. Die vorhandenen Angebote seien zu spezifisch und würden zu viele Adressantinnen und Adressanten ausschließen. Speziell Männer würden zu selten angesprochen und eingebunden. Auch gäbe es zu wenige Angebote, die einen generationsübergreifenden Fokus haben,

spezifische (mehrfach) Problemlagen in den Blick nehmen oder junge Menschen bei schulischem Lernen und der Vermittlung gesellschaftlicher Werte und Zusammenhänge unterstützen.

Da sei eine höhere Bedarfsorientierung und Angebote mit niedrigeren „Zugangshürden“ sehr wünschenswert. Um Formen der Migrantinnenselbstvertretung und Migrantenselbstvertretung zu stärken brauche es mehr Unterstützung und Begleitung, so dass sich der Rahmen für eigenständiges Handeln erweitern kann.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Menschen mit Migrationshintergrund an verschiedenen gesellschaftlichen Aktivitäten kaum teilhaben können bzw. vor Hindernissen stehen. Neben den beschriebenen Problemlagen, werden der erschwerte Zugang zu Arbeit und das fehlende Interesse anderer Menschen an der Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten zentral benannt.

Dass andere Lebensstile, kulturelle Unterschiede und individuelle Lebensgestaltung in Chemnitz z. T. auf wenig Akzeptanz treffen, zeigen neben der Situationsbeschreibung von Menschen mit Migrationshintergrund noch weitere Problembeschreibungen der Akteurinnen und Akteure. Als Beispiel hierfür wird die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung benannt. „Schwul“ sei ein sehr häufig verwendetes Schimpfwort. Menschen mit homosexueller Orientierung fällt es in diesem Klima schwer, sich öffentlich zu bekennen – bspw. sich in der Öffentlichkeit zu küssen. Eine öffentliche Auseinandersetzung über die Situation schwuler und lesbischer Paare sowie Transsexueller wurde in Chemnitz (noch) nicht geführt. Vereine, die sich für ihre Belange einsetzen, seien in Chemnitz zu wenig bekannt.

Auch Jugendliche aus subkulturellen Szenen sind im Alltag mit Vorurteilen konfrontiert. So werde ihr Engagement für kulturelle Vielfalt und ihre Interessen oftmals nicht ausreichend unterstützt. Menschen, die sich einer der beschriebenen Gruppen zuordnen sowie Menschen, die sich klar gegen neonazistische, menschenfeindliche, fremdenfeindliche und antidemokratische Positionen und Handlungen positionieren und für Toleranz und Akzeptanz einsetzen, sind neben verbalen Anfeindungen auch von gewalttätigen Angriffen betroffen.

Sie beschreiben, dass sie sich dadurch in ihrer Alltagsgestaltung und ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt fühlen. Sie sprechen von Angst, sich frei im öffentlichen und halböffentlichen Raum zu bewegen und ihren Interessen nachzugehen.

Probleme im Bereich Beteiligungsmöglichkeiten, Gestaltungsmöglichkeiten, zivilgesellschaftliches Engagement, Transparenz des Verwaltungshandelns, Mitbestimmung

Wahrnehmung von Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in der Stadt

Interessierte Chemnitzerinnen und Chemnitzer beklagen Defizite in Bezug auf die Transparenz von Beteiligungsmöglichkeiten und kommunalen Entscheidungsprozessen. Eine bürgernahe Sprache im direkten Kontakt und bei öffentlichen Bekanntmachungen sowie mehr Stadträtinnen und Stadträte die dauerhaft den direkten Kontakt zu Chemnitzerinnen und Chemnitzer sucht, könnten diese Problemlage verringern.

Einzelne Akteurinnen und Akteure wünschen sich, dass ihnen die Verwaltung mit mehr Unvoreingenommenheit und Offenheit begegnet, sie als kompetent wahrgenommen und stärker akzeptiert werden. Die Website der Stadt Chemnitz (www.chemnitz.de) sollte benutzerfreundlicher werden und sich mehr für die Interessen der Menschen in Chemnitz öffnen. Hierzu gehöre u. a. eine Erweiterung des inhaltlichen Spektrums.

Laut weiteren Einschätzungen ist eine offene, niedrighschwellige demokratische Streitkultur in der Stadt unzureichend ausgebildet. So wird sich die Einbindung in städtische Prozesse gewünscht, die das direkte Lebensumfeld der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner, beispielsweise bei der Gestaltung und Nutzung von Freiflächen im Stadtgebiet, betreffen. Demokratie muss im Sozialraum erfahrbar und vorhandene Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt werden. Beklagt wurde auch, dass die Stadt nicht am Programm „Bürgerarbeit“ teilnimmt. Bürgerschaftliches Engagement wird zu wenig anerkannt und gefördert sowie unzureichend finanziell unterstützt. Der Wunsch nach Mitwirkung und Mitbestimmung müsse stärker als Chance und Unterstützung durch die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern wahrgenommen werden.

Viele Themenfelder werden durch aktive engagierte Menschen begleitet, die sich in demokratische Aushandlungsprozesse in der Stadt einbringen, jedoch in ihrem Umfeld eine weit verbreitete geringe Bereitschaft zur Mitwirkung feststellen. Demnach nimmt ein beträchtlicher Teil der Chemnitzerinnen und Chemnitzer Demokratie und Politik als etwas Fernes, gepaart mit der Einschätzung „Ich kann eh nichts bewirken“, wahr. Eine Mehrheit wird als „Ohne-mich-Bürger“ eingeschätzt, womit politikverdrossene und desinteressierte Menschen gemeint sind. Es wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit die Förderung einer Identifizierung mit der Stadt das Interesse an Mitwirkung verbessern könne.

Bezüglich der Formen des bürgerschaftlichen Protests wurde formuliert, dass diese u. a. aufgrund negativer Erfahrungen angstbesetzt ist und die generelle Wirksamkeit gering eingeschätzt wird.

Als momentan akutes Problem wurden die Einsparungsmaßnahmen im Rahmen des Entwicklungs- und Konsolidierungskonzeptes (EKKO) beklagt. Im Zuge dessen wird auch die Arbeit von vielen Projekten im sozialen und gesellschaftspolitischen Bereich schwieriger. Entstehende Angebotslücken im Bereich der Jugend- und Freizeitarbeit könnten durch Anbieterinnen und Anbieter aus dem rechten Spektrum besetzt und somit eine nichtdemokratische Parallelstruktur aufgebaut werden.

Wahrnehmung vorhandener Strukturen und Gremien

Von den Akteurinnen und Akteuren werden vielseitige Aktivitäten städtischer Gremien und der Verwaltung wahrgenommen. Beklagt wurde allerdings, dass oft die wechselseitige Information und Abstimmung fehle.

Zu folgenden Gremien wurden konkrete Problemlagen beschrieben:

- Die in den Beiräten vorhandenen Kompetenzen werden seitens der Stadt zu wenig genutzt.

- Der städtische Petitionsausschuss bietet eine wichtige Grundlage für Mitentscheidungen. Es fehle jedoch eine Informationsplattform zur Aufklärung darüber, wo und wie Meinungen der Einwohnerinnen und Einwohner einfließen können.
- Die Bedeutung der Einwohnerinnenversammlungen und Einwohnerversammlung ist den Akteurinnen und Akteuren unklar. Werden sie bereits als Form der Mitbestimmung verstanden?
- Es fehlen Ressourcen und Unterstützung für den Stadtschülerinnenrat und Stadtschülerrat. Der Stadtschülerinnenrat und Stadtschülerrat ist für die Öffentlichkeit wenig präsent. Das bloße Vorhandensein von Schülerinnenräten und Schülerräten ist noch kein Garant für aktive Mitgestaltungsräume.

Bedeutung von Netzwerken

In Bezug auf die Wahrnehmung von Vernetzungsstrukturen gehen die Einschätzungen auseinander. Einige Akteurinnen und Akteure sehen sich in Netzwerke eingebettet, befürworten jedoch eine stärkere Nutzung dieser, z. B. durch die Intensivierung der gegenseitigen Information zu Projekten und Beteiligungsmöglichkeiten. Andere sehen für sich Vernetzungsbedarfe und wiesen darauf hin, dass es insbesondere neue Initiativen schwer haben, sich im „Netzwerkdschungel“ zu Recht zu finden und wahrgenommen zu werden. Eine Informationsbündelung über Internetkommunikation wird als Chance benannt, allerdings ist die u.a. hierfür eingerichtete Plattform „DeViTo“ (www.devito-chemnitz.de) nicht ausreichend bekannt und wird demnach bisher eher sporadisch genutzt.

Probleme im Bereich antidemokratische Einstellungen, Ungleichwertigkeit von Menschengruppen, Information und Aufklärung, politischen Bildung, Prävention

Einstellungen der Bevölkerung

Aus Sicht der Akteurinnen und Akteure resultiert aus dem Desinteresse an demokratischen Prozessen eines Teils der Chemnitzer Bevölkerung Unverständnis und Unwissenheit hinsichtlich gesellschaftspolitischen Frage- und Problemstellungen.

In der politischen Auseinandersetzung müssen zudem demokratische Grundhaltungen noch deutlicher in Zusammenhang mit der erforderlichen Akzeptanz gegenüber den Personen gebracht werden.

Als eine Ursache von Diskriminierungen wird fehlendes Wissen und mangelnde Akzeptanz von Deutschland als Einwanderungsgesellschaft angeführt, was sich verbreitet in alltagsrassistischen Denk- und Handlungsweisen widerspiegelt. Rassismus sollte noch stärker als bisher als gesamtgesellschaftliches Problem und nicht als Randthema verstanden werden. So wird menschenverachtendes Gedankengut in allen gesellschaftlichen Schichten und Generationen konstatiert. Bemängelt wird eine fachlich nicht haltbare und politisch willkürliche Einteilung der Gesellschaft in die „Demokratische Mitte“ und „undemokratische Extremistinnen und Extremisten“. Sich gegen menschenverachtendes Denken zu wehren, wird oft mit einem Kampf „rechts gegen links“ und nicht mit demokratischem Agieren identifiziert. Gleichzeitig werden die Informationen zu Ausmaß und Umfang

menschenverachtender Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft als unzureichend wahrgenommen.

Darüber hinaus sollten auch im kommunalen Kontext wie bspw. im Vorfeld des 05. März verstärkt Diskussionen über Grundrechte wie Demonstrations- und Versammlungsfreiheit sowie zivilgesellschaftlichem Ungehorsam (z.B. Sitzblockaden) geführt und die historischen Zusammenhänge und Bedeutung des Tages deutlicher thematisiert werden.

Neonazismus – Information und Aufklärung

Über die aktuellen Entwicklungen der neonazistischen Szene in Chemnitz werden umfassende Informationen eingefordert. Hierzu zählen u. a. Informationen über Symboliken und Codes der Szene im öffentlichen Raum. Wissen und Fakten zu neonazistischen Organisationen, Strukturen und ihren Ideologien und Verhaltensweisen sollten verstärkt vermittelt werden. Es wurde betont, dass die neonazistische Szene nach wie vor aktiv versucht, an Einfluss zu gewinnen, was u. a. an der starken Präsenz von neonazistischen Sprüchen und Symbolen an Sachgut und Gebäuden in der Stadt Chemnitz festgemacht werden kann. Der Erwerb einer Immobilie für Schulungszwecke und Veranstaltungen zeigt, dass Strukturen verfestigt werden sollen und eine gute Vernetzung der Szene mit dem Chemnitzer Umland zu verzeichnen ist.

Darüber hinaus wurde die Wahrnehmung geschildert, dass die NPD und rechtspopulistische Gruppierungen für viele Bürgerinnen und Bürger in die Mitte gerückt ist, sie vertreten soziale Themen und werden als Teil des demokratischen Spektrums angesehen. Insgesamt ist festzustellen, dass Rechte und Rechtspopulisten die Wirtschaftskrise nutzen, um rechtes, nationalistisches Gedankengut verstärkt zu verbreiten und sich als Garant einer stabilen Ordnung zum Wohle der Deutschen stilisieren. So werden Aufklärungsmaßnahmen über die sog. „Neue Rechte“ z. B. „Pro Chemnitz“ als notwendig erachtet.

Wahlentscheidungen zugunsten nationalistischer oder rechtspopulistischer Parteien (NPD, „Pro Chemnitz“) stellen die lokale Demokratie auf verschiedenen Ebenen vor Herausforderungen. Zwar bildet sich bei Wahlen nur ein (vergleichsweise) kleines Potential ab, aber Überlegungen, wie mit den tatsächlichen Inhalten der Parteiprogramme, mit deren Wahlplakatwerbung und den Ergebnissen der Wahlentscheidungen demokratisch umgegangen werden kann, fehlten noch. Weiterhin ist es notwendig, eine Strategie zu erarbeiten, die klare Orientierung für die Störung und den Missbrauch demokratischer Mitgestaltungsprozesse durch Mitglieder neonazistischer und menschenfeindlicher Gruppierungen bietet.

Darüber hinaus sind zukünftig u. a. die Übergänge von der neonazistischen Szene zu ideologischen Nachbarn (bspw. „Blaue Narzisse“) näher zu beleuchten. Dies schließt eine Aufklärung zu Haltungen und Agieren in Verbindungen, Burschenschaften u. ä. ein. Des Weiteren wird der Bedarf signalisiert, die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Stadtteilen von Chemnitz in Bezug auf das Engagement von Neonazis und „Neuen Rechten“ im Gemeinwesen zu schärfen. Bei Stadtteilakteurinnen und Stadtteilakteure wie bspw. Wohnungsunternehmen wurde ebenfalls noch verstärkt ein Sensibilisierungsbedarf für den Umgang mit Neonazismus gesehen. Angeregt wurde, dass Akteurinnen und Akteure aus Vereinen sich bspw. mit Neonazis auseinandersetzen sollten, da diese

u. a. die Plattform Fußball zur Verbreitung ihrer Ideologie nutzen, wodurch es oft zur pauschalen Verurteilung aller Fans käme.

Politische Bildung und Prävention

Projekte der politischen Bildung sollen verstärkt daran ausgerichtet werden, Menschen dabei zu unterstützen, ein demokratisches Bewusstsein bzw. Menschen(rechts)bild zu entwickeln und Interesse für demokratische Auseinandersetzungsprozesse zu wecken. Hierfür ist es notwendig für unterschiedliche Zielgruppen (z.B. Kinder, Jugendliche, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Vereinsmitglieder, Pädagoginnen und Pädagogen, Angestellte/Beamtinnen und Beamte, etc.) spezifische Methoden und Formate sowie unterschiedliche Zugänge zu erarbeiten bzw. zu nutzen.

Ebenfalls wird eine Diskussion angeregt, wie unterschiedliche Zielgruppen (Alter, Bildungsstand etc.) noch besser erreicht werden könnten. Die Sensibilisierung von Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und Eltern für die Themen des LAP wird als zentrale Aufgabe erachtet. Um Demokratieentwicklung nachhaltig und erfolgreich voranzutreiben braucht es darüber hinaus Strategien, um Menschen zu erreichen, die sich im Alltag nichtfreiwillig engagieren bzw. an Formen der gesellschaftlichen Teilhabe mitwirken.

Bei Kindern und Jugendlichen ist eine frühzeitige Sensibilisierung für die Themen des LAP wichtig, wobei die Förderung der sozio-emotionalen Kompetenzen besonders betont wird. Ein-Tagesveranstaltungen erscheinen nicht als ausreichend. Bildungsangebote sollten langfristig und nachhaltig ausgestaltet sein und in den Kita- und Schulalltag integriert werden. Eine gelebte Beteiligungskultur wird in diesem Zusammenhang als notwendige Bedingung angesehen.

In historisch angelegten Projekten muss der regionale Bezug (Stadtgeschichte) hergestellt und mit vorhandenen Dokumenten der Zeitgeschichte gearbeitet werden. Neben historischer Bildung sollte verstärkt auch auf die aktuellen Veränderungen im Themenfeld Neonazismus eingegangen werden.

Für Bildungsformate ist es von Wichtigkeit, an den Interessen von jungen Menschen anzusetzen. Viele Projekte weisen eine „relative Ferne“ zu gefährdeten Jugendlichen auf. Sie könnten nur schwer an jugendliche Lebenswelten und Realitäten anknüpfen und somit auf die Dynamik in den neonazistischen oder dieser nahestehenden Szene reagieren. Zu wenige Projekte beziehen neonazistisch-affine Jugendliche in die thematische Bildungsarbeit ein.

Darüber hinaus wurde festgestellt, dass Menschen mit Migrationserfahrung gemessen an den Zielen des LAP zu wenig von Projekten erreicht werden. Bildungsmaßnahmen im Themenbereich Migration und Integration sollten verstärkt angeboten und auf dabei auf Ressourcen und Kompetenzen von Migrantinnenvereinen und Migrantenvereinen zurückgegriffen werden

Zusammenfassung

Die in dieser Analyse zusammengetragenen Problemlagen sind vielfältig und vielschichtig. Sie zeigen sehr deutlich auf, welcher konkrete Handlungsbedarf in der Stadt Chemnitz von den beteiligten Akteurinnen und Akteure gesehen wird.

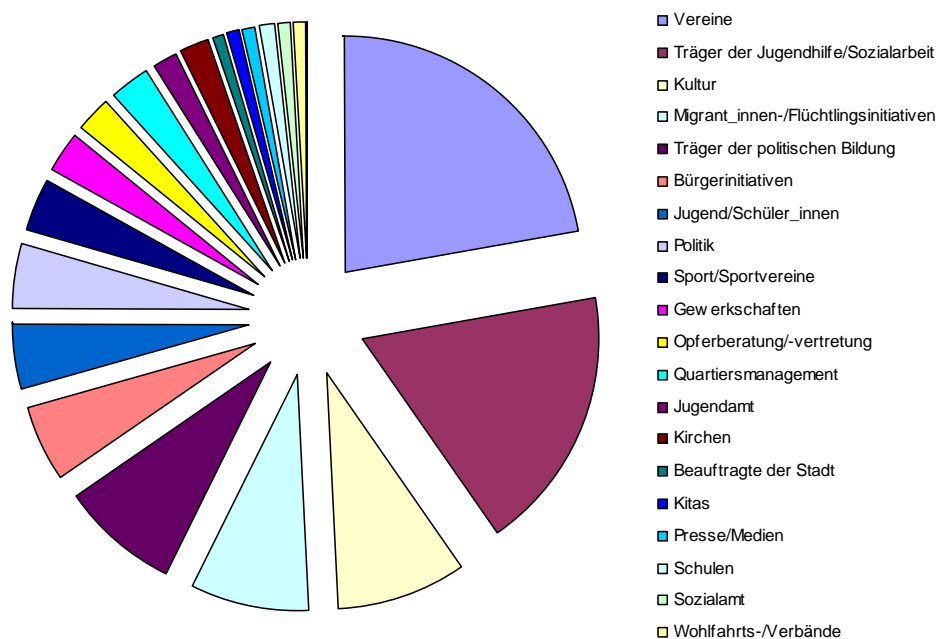
Im Zuge eines beteiligungsorientierten Fortschreibungsprozesses war es erklärtes Ziel, die benannten Defizite ernst zu nehmen, aufzugreifen und in die überarbeitete Zielpyramide des Lokalen Aktionsplans einfließen zu lassen.

5. Ergebnisse der Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans für Toleranz, Demokratie und für ein weltoffenes Chemnitz

5.1. Auswertung des Beteiligungsprozesses

Für die Workshops und Zukunftswerkstätten wurden mehr als 800 Akteurinnen und Akteure und Expertinnen und Experten aus Chemnitzer Vereinen, Initiativen, Bündnissen, Netzwerken, der Verwaltung, Sport, Kultur, Religion, Wirtschaft, Bildung und Universität Wohlfahrtsverbänden, Kammern, Politikerinnen und Politiker, Beiräten u. w. Tätigkeitsbereichen sowie Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgte in Zusammenarbeit mit der Pressestelle der Stadt Chemnitz.

Aktiv beteiligt haben sich ca. 180 Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen:



Im Rahmen einer konstruktiven Auseinandersetzung mit der bestehenden Zielpyramide, den Gegebenheiten in der Stadt Chemnitz und der spezifischen Situation in den Ortsteilen der Stadt entstand umfangreiches Material. Durch die AGJF Sachsen e.V. erfolgte die Systematisierung nach Handlungsfeldern und die Einordnung in die Zielpyramide.

In folgenden Workshops und Werkstätten wurde sich inhaltlich mit der Fortschreibung des LAP auseinandergesetzt:

- Projektentwicklungswerkstatt „Lust auf Position“ am 28.1.10
- Forum „Einstieg in die Fortschreibung des LAP“ am 12.6.10
- Fortschreibungsworkshop 4.5.11
- Fortschreibungsworkshop 11.5.11
- Fortschreibungsworkshop 28.5.11 (vorzeitig beendet)

Folgende Untersuchungen wurden der Fortschreibung, Situations- und Ressourcenanalyse zu Grunde gelegt:

- Evaluation LAP (2010), darunter Mailbefragungen, Interviews
- Mail-Fragebögen an verschiedene Akteurinnen und Akteure
- Analyse DGB 2011 („Neonazis böse - gesellschaftliche Mitte gut?“)
- Zuarbeiten aus der AG Rechtsextremismus

Im Ergebnis ist auf Grund der Handlungsempfehlungen der Akteurinnen und Akteure eine neue Zielpyramide entstanden, in der sich der Bedarf konkret widerspiegelt. Es hat sich gezeigt, dass die Arbeit mit dem Lokalen Aktionsplan prozessorientiert verläuft und sich immer an der konkreten gesellschaftlichen Entwicklung orientieren muss. Nur dann kann gewährleistet werden, dass Akteurinnen und Akteure sich weiterhin sinnvoll engagieren.

5.2 Handlungsschritte zur weiteren Umsetzung des Lokalen Aktionsplans

Der Lokale Aktionsplan ist auf die Arbeit in mehreren Ebenen ausgerichtet. Diese umfassen:

Strukturelle Ebene

- Ämternetzwerk
- Begleitausschuss als Steuerungsgremium
- Koordinierungsstelle

Durch die Koordinierungsstelle erfolgt die Prozesssteuerung und Koordinierung der Umsetzung des LAP. Im Bereich des Ämternetzwerks sollte zielstrebig an einer Intensivierung der strategischen Zusammenarbeit gearbeitet werden, um den Informationsaustausch zu fördern und gemeinsame Planungsprozesse anzuregen. Zentrale Bedeutung für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans kommt weiterhin dem Begleitausschuss zu, der steuernde Funktion hat und die Schwerpunkte für die Projektförderung setzt. Die Position des Begleitausschusses wird im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ gestärkt. Der Ausschuss ist das Steuerungsgremium für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans.

Insgesamt wird der Schwerpunkt auf den Ausbau bestehender Netzwerke gerichtet, da hier ausreichend Potential vorhanden ist, um weitere Partnerinnen und Partner einzubinden.

Inhaltliche Ebene

- Mitglieder AG Rechtsextremismus
- Mitglieder Begleitausschuss
- Beauftragte/Beauftragter
- Interessengruppenvertretungen

Als Erfahrungsträgerinnen/Erfahrungsträger und Fachberaterinnen/Fachberater wirken sie an der Gestaltung von Workshops mit und arbeiten als fachliche Beraterinnen und Berater bei der inhaltlichen Arbeit des Lokalen Aktionsplans mit.

Projektebene

- Akteursnetzwerk
- Projektförderung

Die Akteurinnen und Akteure setzen den Lokalen Aktionsplan um, zeigen den Bedarf vor Ort an und wirken an der Fortschreibung der Zielsetzungen mit. Es existiert ein Netzwerk von Akteurinnen und Akteuren, welches weiter ausgebaut werden muss. Besonderer Schwerpunkt sind der Ausbau von Kooperationen und der Austausch von Ressourcen.

Der Chemnitzer LAP wird zwei Säulen in einem Handlungskonzept vereinigen:

Säule 1 Förderung von Mikroprojekten (3.000,00 €) und kleinräumigen Maßnahmen im Stadtgebiet aus kommunalen Haushaltsmitteln

Mit Haushaltsmitteln der Stadt Chemnitz können Mikroprojekte und eine Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren gefördert werden. Die Wirkung besteht hier vor allem in der Ausdehnung auf viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und einer Vielzahl an möglichen Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger, die Zugang zu vielen Zielgruppen haben. Dadurch kann die erforderliche Breitenwirkung erreicht werden.

Säule 2 öffentlichkeitswirksame, nachhaltige Modellvorhaben aus Bundesmitteln
Förderbedarf 3000,00 € bis 20.000,00 €

Mit der Aufnahme der Stadt Chemnitz in die Förderung durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ kann eine andere Qualität der Projektarbeit erreicht werden. Öffentlichkeitswirksame, innovative und nachhaltige Maßnahmen werden möglich. Die Beantragung kann jedoch nur durch gemeinnützige Vereine erfolgen.

Beide Förderoptionen ergänzen sich optimal und ermöglichen eine gute Ausgangsposition für die weitere Arbeit mit dem Lokalen Aktionsplan und die Projektförderung. Es werden Synergieeffekte in der Verknüpfung kommunaler Strukturen und Möglichkeiten mit den Zielen und Potentialen des Bundesprogramms erschlossen.

Ohne finanzielle Unterstützung wird ein nachhaltiges Engagement der Akteurinnen und Akteure nicht möglich sein.

5.3 Leitziele, Mittlerziele, Handlungsziele

Der bisher geltende Lokale Aktionsplan enthielt basierend auf einer 2008 erfolgten Situationsanalyse bereits strategische Ziele, die in Leit-, Mittler- und Handlungszielen definiert wurden. Grundlage war außerdem das Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ und die dort enthaltenen Hinweise. Diese so entstandene Zielpyramide ist die Grundlage für alle Antragstellerinnen und Antragsteller. Nur Anträge, die eines der Ziele umsetzen, können gefördert werden. Die Bindung der Lokalen Aktionspläne an strategische Ziele ist auch einer der Fördergrundsätze des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“.

Die Erarbeitung der Ziele erfolgte mit den Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft und der Verwaltung im Rahmen des Fortschreibungsprozesses. Das heißt, der Lokale Aktionsplan ist ein am Bedarf und den Akteurinnen und Akteuren orientiertes Förderinstrument. Bürgerschaftliches Engagement, Selbstbeteiligungsmöglichkeiten und präventive Arbeit werden anerkannt und unmittelbar einbezogen. Die im Rahmen der Workshops erarbeiteten Leit-, Mittler-, und Handlungsziele bestimmen die Grundausrichtung des Lokalen Aktionsplans und die langfristigen Zielstellungen. Sie orientieren sich an dem genannten Bedarf im jeweiligen Handlungsfeld. Gemäß den Vorgaben des Bundesprogramms, sind die Ziele in einer bestimmten Form zu definieren.

Leitziele geben die langfristige Grundausrichtung des Lokalen Aktionsplans an. Es wird in der Gegenwartsform ausgedrückt, welches Ziel als Endzustand erreicht ist, wenn alle Mittler- und Handlungsziele erfolgreich realisiert wurden. Das bedeutet nicht, dass der Zustand sofort eintritt, sondern prozessorientiert erreicht wird.

Mittlerziele sind mittelfristig angelegt und untersetzen das Leitziel allgemein, aber bezogen auf die konkretere inhaltliche Ebene. Sie fassen die Handlungsziele zu Themenbereichen zusammen und stellen die Verbindung zum Leitziel her.

Handlungsziele sind konkret definierte Zustände, die erreicht werden sollen. Sie werden durch am Bedarf orientierte Maßnahmen untersetzt, mit denen der Lokale Aktionsplan umgesetzt wird. Die Handlungsziele sind spezifisch, messbar, akzeptabel, realistisch und terminiert zu definieren (SMART). Das heißt, die Ziele müssen der lokalen Situation entsprechen, lassen sich beobachten, messen, feststellen, sind konsensfähig im Akteurskreis, prinzipiell unter den gegebenen Rahmenbedingungen erreichbar und zeitlich nachzuvollziehen.

Zusammenfassung:

Ziele sind die Voraussetzung für die Überprüfung der Wirksamkeit des Lokalen Aktionsplans. Sie ermöglichen einen Kontroll- und Evaluierungsprozess, da die konkrete Umsetzung durch die Akteurinnen und Akteure beschrieben und nachgewiesen werden muss. Damit ist gewährleistet, dass der Mitteleinsatz tatsächlich für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans und nicht für andere Zwecke erfolgt. Voraussetzung ist, dass die Akteurinnen und Akteure geschult werden und in der Lage sind, Erfolgsindikatoren zu definieren, die tatsächlich umgesetzt werden können. Diese Aufgabe übernimmt die Koordinierungsstelle. Die Erfolgsindikatoren ermöglichen den Grad der Zielerreichung einzuschätzen und zu überprüfen.

Auf den folgenden Seiten wird die neue Zielpyramide als Ergebnis des umfangreichen Beteiligungsprozesses dargestellt.

Wir leben in einer demokratischen, pluralistischen und weltoffenen Stadt, mit einer aktiven und couragierten Zivilgesellschaft.

Leitziel 1

Chemnitzerinnen, Chemnitzer und Institutionen in Chemnitz gestalten aktiv ein demokratisches Gemeinwesen.

Leitziel 2

Chemnitzerinnen, Chemnitzer haben eine demokratische Haltung entwickelt und wenden sich gegen menschenverachtende Orientierungen.

Leitziel 3

Chemnitz ist eine Stadt vielfältiger Lebensweisen und – kulturen sowie interkultureller Offenheit.

Leitziel 1
Chemnitzerinnen, Chemnitzer und Institutionen in
Chemnitz gestalten aktiv ein demokratisches
Gemeinwesen.

Mittlerziel 1.1

Politik und Verwaltung besitzen offene Strukturen, welche
Transparenz und Gleichberechtigung ermöglichen.

Handlungsziel 1.1.1

Chemnitz hat das kommunale Wahlrecht für alle in Chemnitz lebenden Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig von Ihrer Herkunft eingeführt.

Handlungsziel 1.1.2

Menschen mit Migrationserfahrung sind auf allen Ebenen in Verwaltung und öffentlichem Leben eingebunden, was eine gleichberechtigte Stellenbesetzung in der Chemnitzer Verwaltung und eine Stärkung der Stellung des „Ausländerbeirates“ umfasst.

Handlungsziel 1.1.3

Alters- und gendergerechte sowie barrierefreie Zugänge ermöglichen breite Mitwirkungs- und Mitbestimmungsprozesse.

Handlungsziel 1.1.4

Arbeitsgruppen, welche sich paritätisch aus Verwaltung und Einwohnerinnen und Einwohner zusammensetzen, erarbeiten Lösungen, die Transparenz und Gleichberechtigung in Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen gewährleisten.

Leitziel 1
**Chemnitzerinnen, Chemnitzer und Institutionen in Chemnitz
gestalten aktiv ein demokratisches Gemeinwesen.**

Mittlerziel 1.2

Durch die Schaffung von breiten, sozialraum- und lebensweltorientierten Beteiligungsmöglichkeiten sind die Chemnitzerinnen und Chemnitzer motiviert sich demokratisch zu engagieren.

Handlungsziel 1.2.1

Chemnitzerinnen und Chemnitzer sind zivilcouragiert und aktiv gegen neonazistisches und rechtes („völkisches“) Auftreten und werden dabei durch die Stadt Chemnitz unterstützt.

Handlungsziel 1.2.2

Die Stadt Chemnitz hat differenzierte Formen der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements geschaffen. Demokratische Basisinitiativen werden in ihrer Bedeutung für das Gemeinwesen anerkannt und durch die Stadt strukturell und konzeptionell unterstützt und gefördert.

Handlungsziel 1.2.3

Die verstärkte Einbeziehung sachkundiger Chemnitzerinnen und Chemnitzer, ein arbeitsfähiger Petitionsausschuss, Bürgerinnenforen und Bürgerforen, Jugendforen, Schülerinnenrat und Schülerrat u. a. zivilgesellschaftliche Gremien ermöglichen Mitbestimmung auf vielen kommunalen Ebenen und nehmen demokratie- und politik- verdrossene Chemnitzerinnen und Chemnitzer mit, informieren und beziehen diese ein.

Handlungsziel 1.2.4

Bildungsinstitutionen, soziale Einrichtungen und Vereine (z.B. Sport, Kultur, Integrationsförderung) verstehen sich als Orte demokratischer Aushandlungsprozesse und vermitteln Demokratie als Lebensform.

Leitziel 1
**Chemnitzerinnen, Chemnitzer und Institutionen in Chemnitz
gestalten aktiv ein demokratisches Gemeinwesen.**

Mittlerziel 1.3

Verwaltung und am LAP beteiligte Zivilgesellschaft sind vernetzt
und sichern die positive Wahrnehmung der lokalen Strategie in
der Öffentlichkeit.

Handlungsziel 1.3.1

Ein regelmäßig tagendes Gremium aus Fachkräften sowie zivilgesellschaftlichen und staatlichen Strukturen arbeitet öffentlich wahrnehmbar und in enger Abstimmung mit dem Begleitausschuss des LAP zu den Themen Demokratieförderung und der Bekämpfung menschenverachtender Einstellungen und Aktivitäten.

Handlungsziel 1.3.2

Aktivitäten und Initiativen von Chemnitzerinnen und Chemnitzer sind vernetzt. Für den Erfahrungsaustausch sind gemeinsame Struktur-, Altersgruppen- oder ebenenübergreifende Projekte realisiert und Vorurteile abgebaut.

Handlungsziel 1.3.3

Positive Partizipationserfahrungen und gelingende Alltagspraxis werden gebündelt und unter Nutzung geeigneter Medien wie sozialer Netzwerke und einer eigenen Homepage umfassend in die Öffentlichkeit kommuniziert.

Handlungsziel 1.3.4

Öffentlich wirksame Aktionen und Kulturveranstaltungen sensibilisieren die Chemnitzerinnen und Chemnitzer für die Themen des LAP.

Leitziel 2

Chemnitzerinnen, Chemnitzer haben eine demokratische Haltung entwickelt und wenden sich gegen menschenverachtende Orientierungen.

Mittlerziel 2.1

Chemnitzer Einwohnerinnen und Einwohner sind für Ursachen, Wirkungsweisen und Erscheinungsformen von Diskriminierung sensibilisiert.

Handlungsziel 2.1.1

Projekte befähigen zum Erkennen und zur präzisen Benennung diskriminierender, antidemokratischer Inhalte von Äußerungen, Publikationen u. ä.

Handlungsziel 2.1.2

Chemnitzerinnen und Chemnitzer sind fähig, sich kritisch mit rassistischen, antisemitischen, sexistischen, menschenverachtenden und Gewalt verherrlichenden Denk- und Handlungsmustern auseinanderzusetzen.

Handlungsziel 2.1.3

Globale Entwicklungen, gesamtgesellschaftliche Verhältnisse, Antisemitismus, institutioneller Rassismus und weitere strukturelle Diskriminierungsformen werden in ihren Erscheinungen in Chemnitz thematisiert.

Leitziel 2
Chemnitzerinnen, Chemnitzer haben eine demokratische Haltung entwickelt und wenden sich gegen menschenverachtende Orientierungen.

Mittlerziel 2.2

Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über Inhalte und Aktivitäten „völkisch-nationalistischer“ und neonazistischer Szenen informiert und fähig, sich mit deren Positionen und Protagonistinnen und Protagonisten auseinanderzusetzen.

Handlungsziel 2.2.1

Projekte setzen sich mit Gelegenheitsstrukturen und lebensweltlichen Angeboten für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, anschlussfähigen und neonazistischen Subkulturen sowie ihrer Infrastruktur auseinander. Informationen über Inhalte und Aktivitäten „völkisch-nationalistischer“ und neonazistischer Szenen stehen aufbereitet als Dokumentation zur Verfügung.

Handlungsziel 2.2.2

Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden sensibilisiert und entwickeln klare Umgangsweisen mit neonazistischen Jugendlichen sowie rassistischen, antisemitischen und anderen menschenverachtenden Äußerungen und Handlungen unter Beachtung gendersensibler Arbeitsweisen. Es bestehen Konzepte, wie ältere Zielgruppen erreicht werden können.

Handlungsziel 2.2.3

Chemnitzerinnen und Chemnitzer erkennen menschenverachtende Einstellungen als gesamtgesellschaftliches und damit auch vor Ort bestehendes Problem an.

Handlungsziel 2.2.4

Projekte setzen sich mit der Instrumentalisierung der Vergangenheit durch neonazistische und völkische Organisationen auseinander.

Leitziel 2

Chemnitzerinnen, Chemnitzer haben eine demokratische Haltung entwickelt und wenden sich gegen menschenverachtende Orientierungen.

Mittlerziel 2.3

Zielgruppenadäquate Maßnahmen befähigen die Chemnitzerinnen und Chemnitzer zum demokratischen und gewaltfreien Umgang miteinander.

Handlungsziel 2.3.1

Kinder und Jugendliche werden nachhaltig beim Erwerb und Ausbau sozio-emotionaler Kompetenzen und der Fähigkeit zur gewaltfreien Lösung von Konflikten unterstützt.

Handlungsziel 2.3.2

In partizipativen (Präventions-) Projekten der demokratischen Bildung werden ein demokratisches Menschenbild, die Orientierung an universalen Menschenrechten und ein Interesse an demokratischem Streit vermittelt.

Handlungsziel 2.3.3

Fachkräfte der pädagogischen und sozialen Arbeit, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Eltern werden zu den Themen Gewalt, Diskriminierung, Neonazismus und dessen Ideologie aus- und fortgebildet und befähigt, attraktive, zielgruppenspezifische Konzepte umzusetzen.

Handlungsziel 2.3.4

Chemnitzerinnen und Chemnitzer haben ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein und sind damit befähigt sich kritisch mit Themen des Nationalsozialismus, Faschismus und diktatorischen Regierungsformen (z.B. DDR, Stalinismus) und deren aktuellen Bezügen auseinanderzusetzen.

Handlungsziel 2.3.5

Projekte setzen sich mit der Funktion und Inhalten von Medien und Parteien in einer demokratischen Gesellschaft auseinander.

Leitziel 3

**Chemnitz ist eine Stadt vielfältiger Lebensweisen und –
kulturen sowie interkultureller Offenheit.**

Mittlerziel 3.1

Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft setzen eine aktive Antidiskriminierungs- und Integrationspraxis um.

Handlungsziel 3.1.1

Die Struktur der/des Ausländerbeauftragten ist gestärkt und dessen/deren Aufgabenfeld institutionell untersetzt.

Handlungsziel 3.1.2

Diskriminierende Vorkommnisse und Übergriffe werden zeitnah und öffentlich durch deutungsmächtige Akteurinnen und Akteure (Oberbürgermeister/in, Bürgermeister/in, Amtsleiter/innen, Fachorganisationen, Wirtschaft u. Ä.) verurteilt. Es findet eine Auseinandersetzung um Orte und Verursacherinnen und Verursachern von Diskriminierungen statt.

Handlungsziel 3.1.3

Die Stadt Chemnitz unterstützt Institutionen, welche mit von Diskriminierung Betroffenen arbeiten und hat eine zentrale Beratungs- und Unterstützungsstelle eingerichtet.

Handlungsziel 3.1.4

Verwaltung und Unternehmen setzen Strategien des diversity Management um. Die Verwaltung setzt in ihren Abteilungen beispielhafte Selbstverpflichtungen im Rahmen von Pilotprojekten um und entwickelt Konzepte zur Inklusion verschiedener Zielgruppen.

Handlungsziel 3.1.5

Chemnitz ist durch die Zugänglichkeit zu öffentlichen und kulturellen Angeboten, durch Unterstützungsleistungen wie mehrsprachige Behördenwegweiser und öffentliche Dienstleistungen als barrierefreie Stadt wahrnehmbar.

Handlungsziel 3.1.6

Es finden gezielte Bildungs- und Fördermaßnahmen bspw. im Antragswesen und Öffentlichkeitsarbeit statt, welche von Diskriminierung betroffene Gruppen und Individuen nach dem Prinzip des Empowerment unterstützen.

Handlungsziel 3.1.7

Sprachkurse sind für alle auch nicht dauerhaft bleibeberechtigten Migrantinnen und Migranten vorhanden und zugänglich gestaltet.

Leitziel 3

**Chemnitz ist eine Stadt vielfältiger Lebensweisen und –
kulturen sowie interkultureller Offenheit.**

Mittlerziel 3.2

Die Vielfalt der Lebensweisen ist als Wert in der Stadt und bei Chemnitzer Einwohnerinnen und Einwohner anerkannt.

Handlungsziel 3.2.1

In Chemnitz stehen Orte für selbstverständliche und wertschätzende Begegnungserfahrungen für alle Menschen der Stadt zur Verfügung, was auch Freiräume für eine demokratische und integrierende Jugendkultur einschließt.

Handlungsziel 3.2.2

Über die positive öffentliche Auseinandersetzung mit Gästen in Chemnitz ist eine Willkommenskultur entstanden, welche als Entwicklungschance verstanden wird und u. a. durch Vielfalt-Marketing konzeptionell untersetzt ist.

Handlungsziel 3.2.3

Chemnitzerinnen und Chemnitzer lernen in Projekten und kreativen Aktionen die individuelle nicht klischeehafte Vielseitigkeit migrantischer Zusammenhänge, kultureller und religiöser Bezüge und Lebenswelten kennen.

Handlungsziel 3.2.4

Alternative Lebensentwürfe auch im Hinblick auf sexuelle Orientierungen sind als Teil der Gesellschaft anerkannt.

Handlungsziel 3.2.5

Religionsgemeinschaften bestehen gleichberechtigt nebeneinander, kooperieren und bieten gemeinsame Veranstaltungen an.

Handlungsziel 3.2.6

Fortlaufende Maßnahmen und öffentliche Veranstaltungen untersetzen die „Stadt der Vielfalt“ bspw. im Rahmen eines interkulturellen Kalenders, beim Stadtfest und bei Großveranstaltungen jugendgemäßer Vielfalt und Kultur.

Leitziel 3
**Chemnitz ist eine Stadt vielfältiger Lebensweisen und –
kulturen sowie interkultureller Offenheit.**

Mittlerziel 3.3
Bildungseinrichtungen und Verwaltung besitzen
interkulturelle Kompetenzen.

Handlungsziel 3.3.1

Es stehen Qualifizierungsangebote zur weiteren Ausprägung von Kompetenzen hinsichtlich Interkulturalität und individueller Verschiedenheit einschließlich der Verbesserung der Sprachkompetenz bereit. Vorrangige Zielgruppen sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Führungskräfte von Schulen und Sächsischer Bildungsagentur, von Ausländerbehörden, der öffentlichen Verwaltung, Justiz und Polizei.

Handlungsziel 3.3.2

In Bildungseinrichtungen, Einrichtungen des Gemeinwesens und denen der Kinder- und Jugendhilfe finden Projekte zur Vermittlung interkultureller Kompetenzen statt, welche an den Lebenswelten der jeweiligen Zielgruppe orientiert sind. Ansätze der Arbeit im Umgang mit Voreingenommenheit, Schiefenlagen oder Vorurteilen werden vermittelt.

6. Literaturverzeichnis

¹Sächsisches Handbuch zu Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen 2009 S. 121

²Sächsisches Handbuch zu Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen 2009 S. 127

³Decker, Weißmann, Kiess, Brähler, Studie „Die Mitte in der Krise“, Friedrich-Ebert-Stiftung 2010, Seite 18

⁴Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Berliner Forum Gewaltprävention Nr.20 2005, Seite 6

⁵Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Berliner Forum Gewaltprävention Nr.20 2005, Seite 17

⁶Häusler, Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“ Wiesbaden 2008, Seite 42, dto Seite: 46

⁷Backes, Jesse, Gefährdungen der Freiheit, Vandenhoeck&Ruprecht GmbH 2006 Seite 71

⁸Stöss Die "neue Rechte" in der Bundesrepublik, Bundeszentrale für politische Bildung 2007, Decker, Der neue Rechtspopulismus, Verlag Opladen: Leske + Budrich 2004

⁹Jan Buschbom, Violence Prevention Network, Infobrief 2009

¹⁰Saskia Lützing Studie „Die Sicht der Anderen“ von 2010

¹¹Zusammenfassung im Verfassungsschutzbericht 2010 unter der Überschrift „Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus“

¹²Rede Felix Menzel 2010, Bielefelder Ideenwerkstatt/Burschenschaft Normannia-Nibelungen

¹³Verfassungsschutzbericht 2010 Freistaat Sachsen